

Südbödecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Südbödecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Verlautung-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 139.

Mittwoch, den 18. Juni 1919.

26. Jahrg.

Die „Gerechtigkeit“ des Stärkeren.

Die Steinwürfe, die eine von Herrn Clemenceaus Agenten aufgeschaltete Menge den Autos der deutschen Delegation nachjagte, sind zwar nicht gerade ein Zeichen von Kulturhöhe, aber sie fallen nicht aus dem Stiel des ganzen Vorganges. Die Täter können Clemenceau zurufen, wie Mephisto in der Hexentilge der Heze:

Entzwei, entzwei,
da liegt der Brel,
da liegt das Glas,
es ist nur der Text, du Aus,
zu deiner verdammten Melodei.

Diese Steinwürfe sind wirklich nur der Text zu der Melodei der Antwortnote der Entente, der man die Urheberhaftung Clemenceaus auf zehn Meter gegen den Wind anmerkt. Nimmt man Text und Melodie zusammen, so muß man zu dem Schluss kommen, daß Herr Clemenceau ungemein viel daran liegt, daß die Deutschen nicht unterzeichnen. Denn er hat alles zusammengebracht, was geeignet, die Leidenschaften aufzulockern, den Trost anzufeuern und den Widerstand gegen derartiges höhnvolles Gebaren wachzurufen. Bis zum Erbrechen ist in diesem Schriftstück von Gerechtigkeit die Rede. Nur die Entente ist ungeschwehert gerecht. Sie ist so gerecht wie Sphorok, der auf seinem Scheitern besteht, und unbedingt seinem Gegner das Maul zerschneidet, um dem Herzen herauszuschneiden will. Sie ist so gerecht, wie nur irgend ein Bauerer, der seine Prozente eintrübt, wie irgend ein Fabrikant, der seinen Arbeitern den letzten Blutstropfen aus den Adern herauszuschneidet. Sie ist so gerecht, wie ein Mann, der vorjorglich sich selber von vornherein alles Recht zubüffert hat und daher garricht in die Gefahr kommen kann, Unrecht zu tun.

„Ihr wollt Gerechtigkeit?“ fragt uns die Entente? Bitte, wir fordern von Euch Schadenersatz bis zur äußersten Grenze Eurer Leistungsfähigkeit. Ist das nicht kolossal gerecht? Seht, wir sind sogar so gerecht, daß wir unser gutes Herz vergewaltigen und erklären, daß man nicht von der Gerechtigkeit abgehen darf, um einen künftigen Frieden zu schließen. Wir sind so gerecht, daß wir bis zum Letzten hartnäckig gegen Euch sind, obwohl das unsern guten Herzen sehr wehe tut. Und dabei beschwert ihr Euch noch immer über Ungerechtigkeit?!

Es dürfte kaum ein Dokument in der Weltgeschichte geben, in dem der Sieger in eifriger Selbstgerechtigkeit die Schwäche des Unterlegenen so verköhnt hat, wie in dieser Friedensnote, die in Wirklichkeit sich wie eine Kriegserklärungnote liest. Eine kraße Geschichtslegende ist hier zum Dogma erhoben, die Deutschland alle Schuld bis auf den letzten Nagel und der Entente alles Recht gibt. Nicht einen Flecken, ja, nicht ein Stäubchen läßt diese Legende auf dem engelstreinen Anschuldsgewand der Entente-Imperialisten. Deutschland ist nach dieser Legende seit jeher ein Ausbund von Unschuldigkeit und verbrechlicher Gesinnung gewesen, nicht nur in der Regierung, sondern bis ins unterste Volk hinab, daß seine Verworfenheit dadurch bewiesen hat, daß es sogar Kriegsanleihe zeichnete! Dieses Scherzspiel hat mit verächtlicher Bosheit alles Unheil ausgeübt und ausgeheckt und mit sadistischer Bosheit und mit sadistischer Schadenfreude das Blutbad in der Welt angerichtet.

Hat diese Legende noch irgend etwas mit der wirklichen geschichtlichen Wahrheit zu tun? Wir verteidigen das alte System nicht, wir gestehen seine Fehler offen zu. Aber wir bestreiten energisch, daß es im Wesen und Prinzip etwas anderes war als irgend ein anderes System in einem kapitalistisch regierten Staat. Gewisse Fehler mögen bei ihm stärker ausgeprägt gewesen sein, aber im Kern und Wesen hat sich die deutsche Politik und Diplomatie von der anderer Staaten vor dem Krieg nicht in mindesten unterschieden. Triffi das Bild, das die Entente von dem deutschen System macht, zu, so verurteilen mit diesen Worten die Clemenceau und Lloyd Georges sich selbst, denn der deutsche Imperialismus des alten Systems war Fleisch vom Fleisch und Bein vom Bein ihres eigenen Imperialismus. Hat Herr Clemenceau vergessen, daß noch im Jahre 1913 der russische Botschafter, Graf Benckendorff, der Intimus Jules Cambons, von der Londoner Konferenz nach Hause berichtete, der einzige Staat, der seiner Ansicht nach krieglustig sei und jedenfalls vor der Möglichkeit eines Krieges nicht zurückschrecke, sei Frankreich?!

Wir verstehen, wenn die giftige Heuschrecke der Entente einem Manne Scham und Galle hochtreibt. Aber trotzdem darf die Politik der Stunde nicht von bloßen Gefühlen regiert werden. Für die Frage des Annehmens oder Ablehnens können rechtlich die Zugeständnisse, die die Entente gemacht hat, nicht ausschlaggebend sein. Mit Ausnahme der Volksabstimmung für Oberschlesien sind sie gleich null.

Die Entscheidung ist allein zu fällen auf Grund der Frage, wie der Kampf gegen diesen nichtswürdigen Friedensvertrag besser und wirksamer geführt werden kann. Auch ein Unterzeichnen darf kein Unterwerfen sein. Der Kampf gegen das Verbrechen dieses Friedens, daß das Verbrechen des Krieges fast in den Schatten stellt, wird die nächsten Jahrzehnte der europäischen Geschichte ausfüllen, gleichgültig, ob er unterzeichnet wird oder nicht.

Die Antwort der Entente.

In ihrer Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge erklären die alliierten und assoziierten Mächte, sie glauben, daß der von ihnen vorgeschlagene Friede von Grund auf ein Gerechtigkeitsfriede sei und den Grundsätzen entspreche, die bei Abschluß des Waffenstillstandes von beiden Seiten als Grundlage für den Frieden angenommen worden seien. In der Durchführung dieser Grundsätze hätten die alliierten und assoziierten Mächte Maßnahmen getroffen, um Polen als einen unabhängigen Staat mit einem freien, sicherem Zulauf zum Meere wieder aufzurichten. Für alle nicht unzweifelhaft in der Mehrheit polnisch bewohnten Gebietsstücke außer einigen isolierten Städten und Kolonien, sei die Volksabstimmung vorgesehen: Danzig werde Freistadt. Seine Einwohner werden autonom und kämen nicht unter polnische Herrschaft, noch würden sie einen Bestandteil des polnischen Staates bilden, Polen werde gewisse wirtschaftliche Rechte in Danzig erhalten. Die Stadt selbst werde von Deutschland gelöst, weil es kein anderes mögliches Mittel gäbe, den Polen diesen freien, sicheren Zulauf zum Meere, welchen Deutschland zu gewähren versprochen hatte, zu geben. Die deutschen Gegenvorschläge würden in völligem Widerspruch mit der für den Friedensschluß angenommenen Grundlage. Sie sähen vor, daß große Mechtelen unzweifelhaft polnischer Bevölkerung unter der Herrschaft Deutschlands besäßen würden. Sie verweigerten aber einer Nation von über zwanzig Millionen Einwohnern, deren Landesangehörige (Nationaux) längs des ganzen zur Küste führenden Weges in der Mehrheit seien, den sicheren Zulauf zum Meer, um Verbindungen zu Lande zwischen Ostpreußen und Westpreußen zu erhalten, deren Handel immer hauptsächlich zur See erfolgte. Die Gegenvorschläge könnten somit von den alliierten und assoziierten Mächten nicht angenommen werden. Indessen habe die deutsche Note eine Abänderung vorgeschlagen, die zugestanden werde: Auf Grund der Behauptung, daß Oberschlesien, obwohl von einer polnischen Mehrheit im Verhältnis von 2 : 1 (nach der letzten deutschen Volkszählung von 1910 eine Million zweihundertfünfundachtzigtausend gegen sechshundertfünfundachtzigtausend) bewohnt, deutsch zu bleiben wünsche, willigen die Mächte ein, daß die Frage, ob Oberschlesien zu Deutschland oder Polen gehören soll, durch eine Abstimmung der Bewohner selbst entschieden werde.

Das für das Saargebiet vorgeschlagene Regime muß für nicht zehn Jahre dauern; dieses Arrangement würde für notwendig erachtet, einmal als Bestandteil des allgemeinen Wiederherstellungsplanes, und dann als sofortige und für Frankreich als notwendige erkannte Kompensation für die systematische Zerstörung der Kanalarbeiten in Nordfrankreich. Dieses Gebiet gelangt nicht unter die französische Oberherrschaft, sondern unter die Kontrolle des Völkerbundes. Diese Lösung hat den Vorteil, keinerlei Annexion in sich zu schließen, trotzdem Frankreich das Eigentumsrecht an den Gruben zuerkannt wird. Außerdem hält sie die wirtschaftliche Einheit des Saarbeckens aufrecht, welche für die Interessen der Einwohner wesentlich ist. Nach Verlauf von fünfzehn Jahren wird die Bevölkerung, welche in der Zwischenzeit unter Überwachung und Regierung der Gesellschaft der Nationen die Kontrolle über ihre örtlichen Angelegenheiten ausgeübt hat, volle Freiheit besitzen, um zu entscheiden, ob sie die Vereinigung mit Deutschland, die Vereinigung mit Frankreich oder die Fortsetzung des im Vertrage vorgesehenen Regimes wünscht.

Die Gebiete, welche man von Deutschland an Dänemark und an Belgien zu übertragen beabsichtigt, wurden teilweise gewaltam von Preußen genommen, und keinerlei Übertragung wird erfolgen, welche nicht das Ergebnis eines Entschlusses der Bewohner sein wird. Dieser Entschluß wird mit solchen Vorbehaltsmaßnahmen gefaßt werden, daß die Freiheit der Abstimmung vollständig sein wird, sind die alliierten und assoziierten Mächte der Ansicht.

Endlich sind die alliierten und assoziierten Mächte der Ansicht, daß die Eingeborenen der deutschen Kolonien sich selbst dem Gedanken widersetzen, unter deutsche Oberherrschaft zurückzufallen. Die Tradition deutscher Verwaltung und deutscher Regierungsmethoden, sowie der Gebrauch, der von den Kolonien gemacht wurde, um sie als Basis zu gebrauchen, von wo aus man sich auf den Weltmarkt stützen könne, machen es den Alliierten und Assoziierten unmöglich, diese Kolonien Deutschland zurückzugeben, noch ihm die Verantwortung anzuerkennen, ihre Bewohner zu erziehen und zu bilden. Aus diesen Gründen sind die alliierten und assoziierten Mächte nicht gewillt, die Vorschläge abzuändern, außer in den angegebenen Punkten.

Die Vorschläge betreffend das internationale Regime der Flüsse bilden eine Ergänzung zu dem territorialen Regime. Es ist konform den Grundsätzen des Friedens, wie sie angenommen wurden, sowie mit dem in Europa in Kraft befindlichen öffentlichen Recht, daß die Binnenstaaten auf den ihr Gebiet durchfließenden schiffbaren Flüssen einen Zugang zum Meer erhalten. Die alliierten und assoziierten Mächte erachten deshalb die von ihnen vorgeschlagenen Arrangements als von grundlegender Bedeutung für die freie Entfaltung der neuen kontinentalen Staaten. Außerdem haben sie keine Verletzung der Rechte anderer Mächte zur Folge. Vorkehrungen, die die Teilnahme der Betreuer von Nichtunterstaaten in den Flüßkommissionen vorsehen, bilden eine Gewähr dafür, daß das allgemeine Interesse in Betracht gezogen wird, jedoch sind in der Ausführung dieser Bestimmungen einige Änderungen an den ursprünglichen Vorschlägen zugebilligt worden. Es hat den Anschein, daß die deutsche Delegation den Sinn der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen in erheblichem Maße mißdeutet hat. Es besteht bei den alliierten und assoziierten Mächten in keiner Weise die Absicht, Deutschland zu bedrücken und es zu verhindern, im internationalen Handel die Stellung einzunehmen, die ihm zukommt, vorausgesetzt, daß es die Bedingungen des Friedensvertrages erfüllt, vorausgesetzt ebenfalls, daß es seine Methoden des Angreifens und Anschweifens aufgibt, die seine Geschäftsmethoden wie seine politischen Methoden charakterisieren. Es ist die Absicht der alliierten und assoziierten Mächte, daß Deutschland eine gleichmäßige Behandlung genießt in Bezug auf den Einfluß von Rohmaterialien und den Verkehr von Waren, unter Vorbehalt der zeitlichen, bereits eingeführten Maßnahmen, die im Interesse der durch Deutschlands Taten zerstörten und geschwächten Nationen aufgestellt worden sind. Die alliierten und assoziierten Mächte wünschen, daß die durch den Krieg aufgepeitsch-

ten Leidenschaften sobald als möglich verfliegen und daß alle Nationen an dem Wohlergehen teilnehmen, das aus einem Austausch hervorgeht, wo jeder ehrlich den Forderungen der anderen nachkommt. Sie wünschen, daß Deutschland wie alle anderen Nationen sich dieser Wohlfahrt erfreue. Aber auf viele Jahre hinaus wird noch ein beträchtlicher Teil dieser Wohlfahrt dazu dienen müssen, bei dem Nachbar die Schäden wieder auszubessern, welche Deutschland verschuldete. Um ihre Absichten klarer zu gestalten, haben die alliierten und assoziierten Mächte eine gewisse Anzahl von finanziellen und wirtschaftlichen Klauseln des Vertrages abgeändert, aber die Grundsätze, auf denen der Vertrag beruht, sind unantastbar. Der Vorschlag der alliierten und assoziierten Mächte über die Wiederergänzung umschließt keineswegs seitens der Kommission des reparations eine Einmischung in das innere Leben Deutschlands, wie die deutsche Delegation behauptet. Sie bezweckt lediglich, den beiden Parteien die Bezahlung der Wiederergänzung möglichst zu erleichtern. So muß sie ausgelegt werden. Infolgedessen sind die alliierten und assoziierten Mächte nicht gewillt, sie abzuändern.

Aber gleich der deutschen Delegation erkennen sie die Vorteile an, die daraus erwachsen, wenn man so schnell wie möglich kennen lerne, den Betrag, welchen Deutschland zahlen muß, und den die Alliierten annehmen können. Dieser Betrag kann nicht sofort festgelegt werden, da die Höhe des Schadens und die Kosten der Wiederherstellungen noch nicht festgelegt werden konnten. Infolgedessen willigen die alliierten und assoziierten Mächte ein, Deutschland alle notwendigen und vernünftigen Erleichterungen zu gewähren, um ihm zu gestatten, sich ein Gesamtbild der Verheerungen und Schäden zu machen, und in der Frist von vier Monaten von der Vertragsunterzeichnung an Vorschläge für die Regelung des von ihm verschuldeten Schadens zu machen. Falls man im Laufe von zwei Monaten, welche der Inkraftsetzung des Vertrages folgen, zu einer Einigung gelangen kann, wird die genaue sekundäre Verantwortlichkeit Deutschlands so festgelegt werden. Falls in dieser Frist eine Einigung nicht Platz gegriffen hat, wird das im Vertrag vorgesehene Arrangement ausgeführt werden.

Die alliierten und assoziierten Mächte können der Forderung der deutschen Delegation auf sofortige Zulassung Deutschlands zur Gesellschaft der Nationen nicht nachkommen. Die deutsche Revolution wurde bis zum letzten Augenblick des Krieges verzögert und bisher haben die Alliierten und Assoziierten keinerlei Garantie, daß die Revolution eine dauerhafte Veränderung darstellt. Beim augenblicklichen Zustand des internationalen, öffentlichen Gefühls kann man von den freien Nationen der Welt nicht erwarten, daß sie sich unergütlich und auf dem Fuße der Gleichheit mit jenen assoziieren, welche ihnen so großes Unrecht zugefügt haben. Jeder Versuch, dieses Ergebnis in verfrühter Weise herbeizuführen, würde das Ansehen der von allen gewünschten Beschäftigung nur verzögern, statt es zu beschleunigen. Aber die alliierten und assoziierten Mächte glauben, daß, wenn das deutsche Volk durch Handlungen seine Absicht, die Friedensbedingungen zu erfüllen, seine endgültige Verzichtleistung auf die Angriffspolitik und seine Umwandlung in ein Volk befunden, mit welchem man auf freundschaftlichem Fuß in guter Nachbarschaft leben kann, die Erinnerung an die letzten Jahre sich schnell verwischen und es möglich sein wird, in nicht ferner Zukunft die Gesellschaft der Nationen zu vervollständigen, indem man Deutschland zuläßt. Die alliierten und assoziierten Mächte wünschen aufrichtig, daß dem so sein könne. Sie glauben, daß die Zukunft der Welt von einem engen freundschaftlichen Zusammenwirken aller Nationen im Hinblick auf die Regelung internationaler Fragen und die Begünstigung alles dessen, was die Wohlfahrt und den Nutzen der Menschheit berührt, abhängt, aber es wird hauptsächlich von der Haltung des deutschen Volkes selbst abhängen, den Zeitpunkt seines Eintritts in die Gesellschaft der Nationen näher zu bringen.

Die alliierten und assoziierten Mächte erklären, daß die Blockade Deutschlands eine gesetzliche Kriegsmassnahme ist und nur infolge des verbrecherischen Charakters des von Deutschland unternommenen Krieges und der von Deutschland durchgeführten barbarischen Kriegsmethoden, jedoch stets gemäß der internationalen Rechte verhängt werden mußte.

Schließlich erklären die alliierten und assoziierten Mächte, daß ihre heute übermittelten Bedingungen ihr letztes Wort seien. Sie haben auf Grund der Prüfung der deutschen Gegenvorschläge bedeutende praktische Zugeständnisse für die Durchführung gemacht, sind jedoch in den Grundlinien an den Vertrag gehalten. Der Vertrag, wie er heute aufgestellt ist, repräsentiert den aufrichtigen Versuch, eine Herrschaft des Rechts zu errichten. Als solches muß er im Wortlaut, wie er heute vorgelegt wird, angenommen oder verworfen werden.

Infolgedessen erwarten die Verbündeten und assoziierten Mächte von der deutschen Delegation binnen 5 Tagen vom Tage der gegenwärtigen Mitteilung an, eine Erklärung, wonach sie bereit ist, den Vertrag so wie er ist, zu unterzeichnen. Geschieht das, so werden die Vorkehrungen für die sofortige Unterzeichnung des Friedens in Versailles getroffen werden, andernfalls stellt die gegenwärtige Mitteilung die Anknüpfung im Sinne des Artikels 2 des Abkommens vom 16. Februar 1919 über die Verlängerung des Waffenstillstandes dar. Infolgedessen wird der Waffenstillstand kein Ende finden und die verbündeten und assoziierten Mächte werden die Maßnahmen ergreifen, die sie für erforderlich halten, um ihre Bedingungen aufzuerlegen.

Ueber die Mantelnote

fanden im Reichskabinett und Friedensauschuß bereits Besprechungen statt, wobei Scheidemann auf die folgenschwere Entscheidung hinwies. Er bedauerte, daß der Vorschlag eines neutralen Schiedsgerichts von der Entente abgelehnt wurde.

Die Mantelnote selbst betont, die deutsche Delegation habe eine zu meinen, daß Deutschland nur „einige Opfer zu bringen habe, um den Frieden zu erlangen“, als wenn dieser Friede einzig und allein der Abschluß eines Kampfes um den Gewinn von Gebieten und Macht wäre. Nach der Meinung der Alliierten war der Krieg das größte Verbrechen gegen die Menschheit und die Freiheit der Völker, welches je eine Nation, die sich als eine zivilisierte betrachtet, bewusst unternahm.

Während einer langen Reihe von Jahren haben die Macht-haber Deutschlands, der preußischen Tradition getreu, ihre Anstrengungen verdoppelt, um sich in Europa die Hegemonie zu sichern. Um ihr Ziel zu erreichen, haben sie mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln die Sinneseinrichtung ihrer Untertanen zu der Doktrin erzogen, daß in internationalen Angelegenheiten die Macht das Recht ist und sie haben niemals aufgehört, die Rüstungen Deutschlands zu Lande und zu Wasser zu entwickeln und die läugerische Behauptung zu verbreiten, daß eine solche Politik notwendig sei, weil die Nachbarn Deutschlands auf seinen Wohlstand und seine Macht eifersüchtig seien, Deutschland wird vorgeworfen, Oesterreich ermutigt zu haben, den Krieg gegen Serbien zu beginnen, um den Weltbrand zu entfachen. Dann wird die Neutralitätsverletzung an Belgien hervorgehoben und gesagt, die Deutschen hätten geflissentlich eine Reihe von Hinrichtungen und Brandstiftungen vorgenommen, einzig und allein in der Absicht, die Bevölkerung zu terrorisieren und sie durch die Schrecken ihrer Taten kirre zu machen. Die Deutschen waren es, die zuerst giftige Gase anwandten. Sie waren es, die mit Bombenabwürfen auf Städte und Fernbeschleugungen derselben anfangen haben und zwar ohne militärischen Grund. Sie waren es, die die Tauchbootkampagne begannen und die seeräuberische Mißachtung des Völkerrechts und so eine große Anzahl unschuldiger Passagiere und Seeleute mitten im Weltmeere, fern von jeder Hilfe dem Wind, den Wellen und schlimmer noch den Befehlungen der Tauchboote preisgegeben, zum Tode verurteilten. Sie waren es, die mit brutaler Wildheit tausende Männer und Frauen zur Sklaverei in fremde Länder verschleppten. Sie waren es, die hinsichtlich der Kriegsgefangenen, welche sie machten, eine barbarische Behandlung zugelassen haben. Die Haltung Deutschlands ist fast ohne Beispiel in der Geschichte der Menschheit und die schreckliche Verantwortung, welche auf ihm lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassen, daß weniger als sieben Millionen Tote in Europa in der Erde schlummern, während mehr als zwanzig Millionen Lebende durch ihre Wunden und Leiden Zeugen dafür sind, daß Deutschland durch den Krieg seine Leidenschaft für die Gewalt Herrschaft befrichtigen wollte.

Die Gerechtigkeit, die die Deutschen forderten, müsse den Völkern werden, die unter der Last von 30 Milliarden Pfund Sterling Kriegsschulden zusammenbrechen. Gerechtigkeit muß den Millionen Lebewesen werden, denen die deutsche Barbarei Heim, Land, Schiffe und Gut plünderte und zerstörte. Deswegen haben die Alliierten nachdrücklich erklärt, daß Deutschland als Vorbedingung des Vertrages die Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit übernehmen muß.

Deutschland vernichtete die Industrien, Bergwerke und Fabriken der ihm benachbarten Länder keineswegs im Verlaufe der Schlacht, sondern mit wohlüberlegtem Plane wollte es der eigenen Industrie ermöglichen, die Märkte jener Länder an sich zu reißen, bevor deren Industrie sich von der Zerstörung erholen konnte, die es ihnen absichtlich beibrachte.

Es ist nicht mehr als gerecht, daß die Wiederherstellung stattfindet und daß die dergestalt mißhandelten Völker eine zeitlang gegen den Wettbewerb einer Nation beschützt sind, deren Industrie intakt, ja, durch die in den besetzten Gebieten gestohlenen Werkzeuge gekräftigt ist. So hart diese Prüfung für Deutschland auch sein möge, so hat doch Deutschland sie sich selbst zuzuschreiben.

Die deutsche Denkschrift behauptet, daß die deutsche Revolution berücksichtigt werden müsse und daß das deutsche Volk für die Politik seiner Lenker nicht verantwortlich sei. Die Alliierten erkennen den vollzogenen Umchwung an, unter dem die große Friedenshoffnung auf eine Neuordnung der Zukunft Europas eröffnet wurde; aber er kann nicht die Erledigung des Krieges selbst berühren. Die deutsche Revolution wurde hinausgeschoben, bis die deutschen Armeen im Felde geschlagen und alle Hoffnungen, aus dem Eroberungskriege Vorteile zu ziehen, dahingeleugnet waren.

Während des ganzen Krieges war das deutsche Volk und seine Vertreter für den Krieg und bewilligten die Kredite, zeichneten die Kriegsanleihen und befolgten alle Befehle ihrer Regierung, so barbarisch sie auch waren. Sie teilten die Verantwortung für die Politik, denn, wenn sie gewollt hätten, so hätten sie sie jeden Augenblick stürzen können.

Deutscher Protest gegen die Ausschreitungen.

Gegen die Zwischenfälle bei der Abfahrt der Mitglieder der deutschen Friedensdelegation aus Versailles legte Kanbau scharfen Protest ein.

Bei der deutschen Delegation ist eine Note Clemenceaus eingetroffen, worin er wegen der Szene bei der Abfahrt der Delegation um Entschuldigung bittet. Der Präsekt des Seinedepartements, Chalvil, hat sich heute bei dem Geandten von Hamiel formell entschuldigt. Der Präsekt und der Spezialkommissar der Polizei Ubaile, wurden infolge dieser Vorfälle von ihren Posten abberufen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Vorbereitungen der Blockade.

Der Oberste Wirtschaftsrat in Paris hat weiter mit Foch über die Maßregeln beratschlagt, die bei der Erneuerung der Blockade angewendet werden sollen. Sie soll nicht nur vom Norden her, sondern auch im Zusammenhang mit der Tschechoslowakei aus dem Süden und mit Polen aus dem Osten durchgeführt werden, so daß Deutschland von allen Seiten eingeschlossen wird. Die Hauptpunkte der militärischen Pläne der Alliierten sind:

1. Die Belegung der Produktionsgebiete, die die Lebensbedingungen für Deutschland bedeuten.
2. Vollkommene Absperrung zwischen Nord- und Süddeutschland und
3. Vollkommene Einschließung von allen Seiten.

Eichnowsky gegen Bernheim.

Fürst Eichnowsky sendet dem „Vorwärts“ eine Zuschrift zu der Rede Eduard Bernheims am dem Pariserstag, deren Inhalt er lebhaft bedauert, weil sie geeignet sei, unsere Interessen im Auslande auf das schwerste zu schädigen. W. v. Eduard Bernheim hat, Bethmann-Hollweg habe am 31. Juni 1914 dem Kaiser anlässlich gegeben, vom Kriege abzuweichen, so beruhen diese Angaben auf einem Irrtum. Der Kaiser habe den Krieg nicht gewollt und war bei Kriegsbeginn völlig geblieben. Es hätte nur eines Wortes des Reichskanzlers bedurft, um den Kaiser zu bestimmen, durch die Annahme der britischen Vermittlung oder durch einen eigenen Vermittlungsversuch die Katastrophe abzuwenden.

Einlenken aufschickte. Bethmann-Hollweg, sagt ja selbst in seinem soeben erschienenen Buch, daß er sich der Ansicht des Generalstabschefs v. Moltke angeschlossen habe, daß nämlich der Krieg erklärt werden müsse, weil nur äußerste Schnelligkeit unseres Handelns in einem Zwei-Fronten-Krieg unsere Aussichten verbessern könnten. Für den kommenden Staatsgerichtshof sind diese Mitteilungen sicher sehr wertvoll.

Deutschland lehnt eine Funkprüfzensur ab.

Die britische Mission in Spaa richtete kürzlich an die deutsche Regierung das Ersuchen, sofort die Weitergabe verbotener und entente-feindlicher Nachrichten aus und nach Rußland und der ganzen Welt durch die Funkstation Nauen einzustellen. Auf dieses englische Ersuchen hin gab General von Hammerstein am 13. Juni die Erklärung ab, die Zensur in Deutschland sei aufgehoben und die deutsche Regierung nicht in der Lage, die russische Regierung an der Verbreitung falscher Funkprüche, mögen sie von deutscher oder von gegnerischer Seite sein, zu verhindern.

Antifranzösische Tumulte in Frankfurt a. M.

Zu großen Menschenansammlungen und Tumulten kam es in der Nacht auf dem Bahnhofspiaz, namentlich vor einem großen Hotel, in dem französische Offiziere wohnen. Die Ursache war, daß ein französischer Offizier sich von einem Manne fixiert glaubte, und dessen Eiferung durchschte. Tausende von Personen sammelten sich an, und schließlich wurde scharf geschossen. Eine Person wurde tödlich, andere wurden schwer oder leicht verletzt. Der Polizeipräsident erließ eine Mahnung an das Publikum, in diesen Tagen äußerste Besonnenheit zu bewahren. Offiziell ist mitgeteilt worden, daß, wenn die französischen Offiziere in ernster Gefahr seien, die auf Frankfurt gerichteten Geschütze sofort das Feuer auf die Stadt eröffnen würden.

Polnische Vorbereitungen gegen Oberschlesien.

Aus Oberschlesien wird gemeldet, daß die deutschen militärischen Stellen täglich Nachrichten über polnische Truppenansammlungen erhalten. Schwere und schwerste Geschütze der Hallschen Armee sind im Raum von Genschtow aufgestellt.

Rußland.

Kronstadt in Flammen. „Daily Mail“ meldet aus Helsingfors: Die Festung Kronstadt steht in Brand, einige Forts hielten die weiße Flagge. Sieben holländische Kriegsschiffe hielten die weiße Flagge. Sie sind auf dem Wege, sich dem britischen Geschwader zu übergeben.

Frankreich.

Generallstreik der Bergleute. Der Generallstreik der Bergleute ist in ganz Frankreich vollständig. Auf vielen Zechen sind nur geringe Kohlenvorräte vorhanden, so daß in kurzem ein vollständiger Stillstand der Fabriken befürchtet werden muß. Der Kongreß der Bergarbeitergewerkschaften des Norddepartements beschloß, seine Forderungen dem Schiedsrichter der Regierung zu unterbreiten.

Italien.

Aufgehobener Generallstreik. Der Verband der italienischen Arbeiterkammern gab eine Parole aus, augenblicklich noch keinen Generallstreik zu veranstalten, weil in allernächster Zeit der Generallstreik in allen Verbandsländern gleichzeitig erklärt werden solle. „Avanti“ berichtet über ein ministerielles Verbot von Agitationen und Streiks in staatlichen Betrieben.

Aus der Nationalversammlung.

Erhöhte Pfändungsgrenze.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für Volkswirtschaft bemängelte den Erlaß einer Regierungsverordnung über E o h n p f ä n d u n g, die ohne Mitwirkung der Nationalversammlung erfolgte. Es wurde zugesagt, bei Eintritt geordneter Verhältnisse einen Gesetzentwurf vorzulegen. Das Recht der Nationalversammlung, die Verordnung jederzeit aufzuheben, solle in keiner Weise bestritten werden. Gegen eine Bestätigung der zur Zeit unaufhebbaren Verordnung hätte die Regierung nichts einzuwenden. Mit großer Mehrheit wurde jedoch ihre Aufhebung mit dem 31. Dezember 1920 beschlossen. Bis dahin solle eine gesetzliche Regelung der ganzen Frage erfolgen. Die beiprochene Verordnung von 1917 wird verlängert und in der Weise gestaltet, daß die Pfändungsgrenze für Rentenbezüge, für Gehalt und Lohn auf 4500 bezw. 3000 Mk. vom 1. Juli 1919 ab erhöht wird. — Bei Besprechung der Verordnung der Volksbeauftragten vom 17. Dezember 1918, betreffend Reichsverwertungsamt wird gewünscht, daß den Beziehungen von Heresgut und der Schmiergelderwirtschaft, namentlich im Verkehrswesen, energig entgegengetreten werde. Reichsminister Gothein sagt das zu. — Hierauf begründet ein Vertreter des Reichsjustizministeriums den Entwurf einer Verordnung zum Schutze der Mieter. Es wird damit nicht nur eine Anzeigepflicht für Vermietungen im Sinne der früheren Verordnungen verlängert, sondern weitgehend den Mieteinigungsämtern das Recht eingeräumt, zu hohe Mietpreise herabzusetzen. Jeder Mietsbeschuß ist vom Vermieter anzuzeigen. Geht das nicht, so kann der Vermieter auf Mietzins keinen Anspruch machen.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung

lehnte heute einen sozialdemokratischen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe ab.

Schnelle Hilfe für die Rentenempfänger ist nötig!

Die Reichssozialisten brachten in der Nationalversammlung folgende Interpellation ein: Was bekennt die Reichsregierung zu tun, um der schreienden Not der Zivil- und Militärrentenempfänger schnellstens abzuhelfen?

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 18. Juni.

Die Vollversammlung des Arbeiterrates

Am Dienstag abend erstmalig im Bürgergeschäftslokal statt. Der Vorsitzende, Genosse Adolf Löwigt, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Sitzung im Bürgergeschäftslokal stattfand. Ferner wünscht er, daß es dem Arbeiterrat gelingen möge, durch erprobte Arbeit das Vertrauen des Volkes zu erwerben. Auf der Tagesordnung stand: 1. Mitteilung; 2. Beratung der Geschäftsordnung; 3. Wahl der Ausschüsse. Der Vollversammlung besteht aus folgenden Personen: Adolf Löwigt, 1. Vorsitzender, Schwesdijeger, 2. Vorsitzender; Bromme, 1. Kassierer; Kög, 2. Kassierer; Köhler, 1. Schriftführer; Max Thieb, 2. Schriftführer; Krapp, Schneider und Reimer, Beisitzer. Die Vollversammlung beschloß, der Arbeiterrat habe sich in einem Schreiben an den Senat zu äußern, um Überlassung von Ge-

schäftsräumen und Ueberweisung von 15 000 Mark. Der Senat hat das Schreiben zurückgeschickt mit der Bemerkung, zunächst eine spezialisierte Aufstellung über die Kosten vorzunehmen. Dieses soll geschehen und das Gesuch neu eingereicht werden. Nach längerer Debatte wurde der vorgelegte Geschäftsordnungsentwurf, der nach Hamburger Muster ausgearbeitet ist, en bloc angenommen. Hierauf wurden die einzelnen Kommissionen des Arbeiterrates gewählt, nämlich 1. die Kommission für Sozialpolitik, bestehend aus: Albert, Krüger, Bumann, H. Löwigt, Dehlsen, Klingenberg, Thies, Böttcher und Haug; 2. die Kommission für Wohnungspflege, bestehend aus: Planthofer, Stech, Bentzien, Goy, Krieger, Pautke, Brandt, Rutz und Frau Blau; 3. die Kommission für Er n ä h r u n g s f r a g e n, bestehend aus: Hermann, Saumann, Beutling, Knapp, Burmeister, Koll, Zell, Seebach und Frau Blöb und Fr. Göh; 4. die Kommission für Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenrecht, bestehend aus: Bumann, Gerwonn, Ziehm, Kraus, Reeh, Schmidt, Loewrit, Wagner und Haug und 5. die Kommission für Sozialisierung, bestehend aus: Miesfeld, Grumb, Timme, Naumann, Postler, Thies, Dr. Hartwig, Köhner, Golben und Fran.

Während der Wahl kam es zu scharfen Auseinandersetzungen mit den Kommunisten. Sie behaupteten: Die Tatsachen würden beweisen, daß der Arbeiterrat doch keine praktische Arbeit leisten könne. Andere Genossen und die Unabhängigen erwiderten mit Recht, daß sie sich dann gar nicht erst in den Arbeiterrat wählen lassen sollen. Nachdem sie aber gewählt seien, sei es auch ihre Pflicht, mitzuarbeiten. Freilich sei es leichter zu kritisieren als praktische Arbeit zu leisten. Wenn sie aber absolut nicht mitarbeiten wollten, dann sei es besser, wenn sie überhaupt den Mund hielten. Die Kommunisten antworteten in groben Worten und behaupteten, die ihnen vorgeworfene Taktik betrieben die Unabhängigen. Schließlich erklärte man sich aber bereit, in einigen Kommissionen mitzuarbeiten, wohinein sie denn auch gewählt wurden.

Eine sehr lange Debatte entspann sich über die Ernährungsfrage. Die Schuld an der Ausgabe des verdorbenen Pferdefleisches wurde hauptsächlich Senator Straß beigemessen. Es wäre eine Schande, wie die Arbeiter in der Ernährungsfrage behandelt worden seien. Der Schleichhandel und Wucher hätte bewiesen, daß Lebensmittel vorhanden seien. Die Arbeiter müßten elendig hungern, während in Travemünde die Kurgäste schlammten und prästierten. Die Preise für Lebensmittel seien um 200 Prozent, die Löhne der Arbeiter aber nur um 60 Prozent gestiegen. Gen. Knappe erklärte, daß die Fahndungskommission mit polizeilichen Befugnissen versehen würde und polemisiert dann scharf gegen einen Artikel des Amtsblattes, worin die Kommission des Diebstahls verächtlich und verleumdend würde. Plünderungen seien auch schon vor der Demonstration erfolgt. Die Arbeiter hätten selbst für Ruhe gesorgt. Wenn das Militär eingegriffen hätte, wäre es weit schlimmer geworden. Der Schleichhandel in Travemünde sei vom Senat begünstigt worden. Dort hätte man viele Lebensmittel gefunden. Die Absicht, sie nach hier zu schaffen, hätte der Senat vereitelt. Auch in Lübeck seien noch viele Lebensmittel, die erfröht werden müßten. Gen. Hermann polemisiert ebenfalls scharf gegen die „Lüb. Anz.“ und gab einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen der Arbeiterauschüsse mit dem Senate. Er hebt hervor, daß von einer Vorbereitung der Demonstration nicht geredet werden könne. Erst während der Arbeit sei die Sache besprochen, da die Erregung über das Pferdefleisch immer größer geworden sei. Den Plünderern sei sofort entgegengetreten worden. Es hätten sich aber auch Beiseitige an den Diebstählen beteiligt, denen mehrfach wieder Schweinefleisch abgenommen wurde. Wäre der Arbeiterrat früher einberufen worden, so hätten sich die Vorgänge vielleicht nicht ereignet. Wucher und Schleichhandel würden heute teilweise von den Kriminalbeamten gesteuert. Die Fahndungen sollen weiter erfolgen, da schon jetzt viele Meldungen über vorhandene Lebensmittel an die Kommission eingegangen seien. Den Wucherern müsse das Vermögen entzogen werden. Die im Gewerkschaftshause lagernden Lebensmittel seien dem Kühlhause zugeführt worden. Weiter wird in der Debatte erwähnt, daß die Israeliten frisches Fleisch erhielten. In Schlutup wären bei einigen Fischräuchern 50 bis 60 Saß Zucker gefunden worden. Von den Unabhängigen wurde gesagt, die Regierung habe die Vorgänge vom Sonnabend provoziert. Die Plünderungen seien nicht zu entschuldigen, aber durch den Hunger zu erklären. Die Führer der Arbeiter, besonders die Gewerkschaftsbeamten, hätten am Sonnabend gänzlich gefehlt. Der Schleichhandel kann wirksam nur von der Reichsregierung bekämpft werden. Die Unabhängigen und die Kommunisten polemisierten nicht nur gegen das Amtsblatt, sondern auch gegen den geflügten Artikel im „Volksboten“. Ein Arbeiterblatt dürfe solche Verächtigungen nicht ausprechen. (Der „Volksbote“ hat nur Tatsachen erwähnt, die von niemand bestritten werden können. Da er nicht das Organ der Kommunisten ist, so war es seine Pflicht, vor der Taktik zu warnen. Das wird er tun, auch wenn auf ihn geschimpft wird oder ihm Gewalttätigkeiten angedroht werden. Red.)

Auf eine scharfe kommunistische Schimpfrede erwidert der Vorsitzende, derartige Reden seien im Arbeiterrat nicht angebracht. Dann wäre es schon besser, die Kommunisten arbeiteten überhaupt nicht mit. Reeh erwähnt, daß durch zu scharfe Maßnahmen in Travemünde die Kurgäste abwandern würden, darum müßten in anderen Kurorten die gleichen Maßnahmen wie in Travemünde eingeführt werden. Von kommunistischer Seite wird vorgeschlagen, anstatt Kurgäste Kriegsranke nach Travemünde zu senden.

Angenommen wird ein Antrag Pautke, daß Fahndungen nur von Personen mit beglaubigten Vollmachten vorgenommen werden dürfen. Beschlossen wird weiter, die Fahndungskommission in Travemünde weiter arbeiten zu lassen. Einstimmig angenommen wird folgender Antrag Planthofer: Der Arbeiterrat erwartet von dem Ernährungsausschuß, daß er die an der Verteilung des verdorbenen Pferdefleisches schuldigen Personen rüchichtslos feststellt und dafür sorgt, daß sie voll zur Verantwortung gezogen werden. Ferner ist ein Verfahren wegen Höchstpreisverletzung einzuleiten. Wucher und Schleichhandel sind zu bekämpfen. Der Ausschuß für die Ernährungsfrage soll Mittwoch vormittag schon zusammentreten, um sofort zu arbeiten.

Zu dem Protest der Verhandlungskommission schreiben die „Lüb. Anz.“: Die Verhandlungskommission erläßt hietgegen in Nr. 138 des „Volksboten“ einen scharfen Protest. Wir müssen annehmen, daß der Verfasser dieses Protestes den Inhalt unseres Blattes nicht genau gelesen hat, da er seinen Inhalt in der ungläublichsten Weise mißverstanden hat und uns Verdächtigungen unterstellt, die uns gänzlich ferngelegen haben und die man unserer Ansicht nach auch beim besten oder auch beim schlechtesten Willen nicht aus unseren Ausführungen herauslesen kann. Wir haben uns überhaupt nicht dahin ausgesprochen, daß sich in der Kommission unlauter denkende Elemente befinden könnten und es ist uns nicht im entferntesten eingefallen, daran zu zweifeln, daß diese Männer „ehrliche und rechtschaffene Arbeiter“ sind. Mit den auf diese „Hausuchungen drängenden Kreisen“ ist selbstverständlich nicht die aus wenig Männern bestehende Kommission gemeint, was auch kein Mensch herauslesen kann. — Ebenso ist es unseres Erachtens gar nicht mißzuverstehen, daß wir der Befürchtung Ausdruck geben, daß zu den Fahndungspatrouillen, die doch wohl sicher nicht nur aus den Mitgliedern der „Kommission“ gebildet werden, zu denen vielmehr andere Leute sich melden und angeheilt werden dürften, auch Elemente kommen könnten, die nicht die Gewähr einwandfreier Geminnung geben. Daß auch wir die Tätigkeit der organisierten Arbeiter am Sonnabend voll anerkannt haben und voll anerkennen, haben wir schon an anderer Stelle betont, wiederholen dies hier gen. Wir weisen es daher mit aller Schärfe zurück, daß uns untergeschoben wird, wir hätten diese Arbeiter in „niederrichtiger Weise verächtlich und mit Schmutz beworfen.“ Wir haben vor jedem Arbeiter genau so viel Achtung, wie vor jedem Bürger oder sonstigen Menschen. Es ist dies eine so oft betonte Tatsache, daß es uns ganz unverständlich ist, wie die Verhandlungskommission darauf verfallen kann, eine derartige Unterstellung zu machen.

Preiswucher mit Süßigkeiten. Aus dem Arbeitsamt wird uns geschrieben: Da der Preiswucher mit Süßigkeiten trotz vieler Ermahnungen an die Geschäftsinhaber und

Bereits in der Presse laut gemordener Klagen doch noch nicht abgenommen hat, sondern im Gegenteil immer weiter um sich greift, so steht sich der Demobilisationskommissar genötigt, ganz strenge Maßnahmen gegen die Geschäftsinhaber, welche bei dem Verkauf von Süßigkeiten von den vorgeschriebenen Preisen abzuweichen, zu ergreifen. Durch Verordnung des Preisermittlungsamtes vom 28. Dezember 1918 sind für sämtliche Süßigkeiten, welche jetzt noch hergestellt werden und in den Geschäften zum Verkauf kommen können, Höchstpreise vorgeschrieben, die sowohl für inländische als für ausländische Süßigkeiten gelten. Es dürfen also auch die ausländischen Süßigkeiten zu keinen teureren Preisen als den in der Verordnung angegebenen Höchstpreisen abgesetzt werden. Die Verordnung macht es den Geschäftsinhabern zur Pflicht, eine Preistafel sichtbar in ihren Geschäftsräumen auszuhängen. Das Publikum kann infolgedessen bei dem Einkauf selbst mitwirken, daß die Geschäftsinhaber die vorgeschriebenen Preise beachten, indem es die verlangten Preise mit denen auf der ausgehängten Tabelle vergleicht. Es wird dringend die Bitte an das lauffähige Publikum gerichtet, dies auch wirklich zu tun, da zu hoffen ist, daß gerade diese Maßnahme besonders helfen wird. Das Demobilisationsamt wird in der nächsten Zeit die Verkaufsgeschäfte und Fabriken von Süßigkeiten ganz besonders streng kontrollieren lassen und jede festgestellte Verletzung zur Anzeige bringen. Wenn neulich in einer hiesigen Zeitung erwähnt worden ist, daß man Bonbons zu den auf der Preistafel vorgeschriebenen Preisen nicht erhalten kann, aber Zuckerkugeln, Mandelplättchen, Matzfangen usw. zu unerhörten Preisen feilgeboten werden, so wird besonders darauf hingewiesen, daß auch diese Waren zu den bestehenden Höchstpreisen verkauft werden müssen. Das Publikum kann verlangen, daß die Stangen nachgewogen werden und kann dann leicht feststellen, ob der Höchstpreis innegehalten worden ist. So kann für 1 Kilogramm solcher Stangen ohne Säure gemäß Gruppe A 1 der Preistafel nur ein Preis von 11,60 Mk. gefordert werden und für 1 Kilogramm Stangen mit Säure 12 Mark. Die Fabriken, welche Süßigkeiten herstellen, erhalten von der Reichszuckerstelle 25 Prozent von der Menge Zucker, welche sie im Wirtschaftsjahre 1914/15 erhalten haben und sind verpflichtet, an ihre damaligen Wähler 15 Prozent der von diesen damals bezogenen Warenmenge abzugeben.

Arbeitsvermittlung im Gastwirtsgerwerbe. Eine Versammlung der gastwirtschaftlichen Angestellten am Sonntag, dem 16. Juni fordert die unverzügliche Ausschaltung der privaten und gewerkschaftlichen Stellenvermittlung und die Errichtung einer Fachabteilung für das Gastwirtsgerwerbe beim städtischen Arbeitsamt. Sie wendet sich ganz besonders auch gegen die in Händen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vereinen befindliche Arbeitsvermittlung, die zu einer Gefahr für die Koalitionsfreiheit wird. — Der Arbeitsnachweis ist auch für das Gastwirtsgerwerbe, dessen Angestellte bisher unter der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung schwer zu leiden hatten, zu einer öffentlichen Einrichtung zu machen. — Die Durchführung der Erwerbslosen-Kontrolle und eine Beherrschung des Arbeitsmarktes ist nur durch Zentralisation der gesamten Arbeitsvermittlung, bei sachlicher Gliederung möglich. Die Versammlung stellt fest, daß alle am Platze befindlichen Arbeitnehmer-Organisationen, Deutscher Kellner-Bund und Verband der Gastwirtsgehilfen, die beide auf freigewerkschaftlichem Boden stehen, etnig sind in der Forderung des öffentlichen Arbeitsnachweises und erwartet, daß nunmehr seitens der Bürgerschaft die berechtigten Wünsche der Angestellten erfüllt werden!

Ermittelt und festgenommen wurde der frühere Artist, jetziger Händler Wilhelm Brink, wohnhaft in Dortmund, und dessen Ehefrau Wilhelmine geb. Herzog. Dieselben hatten in Kiel drei kleine Fässer Kognak zum Kaufe angeboten und davon auch ein Faß zum Preise von 1260 Mk. verkauft. Als der Käufer aber später den Kognak auf Flaschen zapfen wollte, entließen dem Faße nur etwa 3 Flaschen Kognak. Bei näherem Besehen stellte sich heraus, daß sich in dem Faße ein vom Spundloch ausgehendes Rohr befand, welches mit Kognak gefüllt war. Der übrige Inhalt des Faßes bestand aus Wasser. Die Schwindler hatten Kiel bereits den Rücken gewandt und befanden sich angeblich wieder auf dem Wege nach Dortmund, als sie auf dem hiesigen Bahnhofe angehalten und festgenommen werden konnten.

Ein Schadenfeuer kam gestern Abend kurz nach 9 Uhr im Dachstuhl des Hauses Mühlenbrücke 3 zum Ausbruch. Um diese Zeit bröckelte hinter schwarzer Rauch aus dem nach dem Kränzebereich zu gelegenen Fenster. Es brannte aus noch nicht aufklärter Ursache in der Mädchenkammer, deren Inhalt dem Feuer, das auch den Dachstuhl ergriff, beschädigte. Die Feuerwehr war bald zur Stelle, löschte durch Zerschlagen von Scheiben des Oberlichts Luft und hatte nach mehrstündiger Tätigkeit das Feuer völlig gelöscht.

Jugendlicher Räuber. Ein 18jähriger, sich herumtreibender Junge, Brufe, Gartenstraße wohnhaft, betrat den Grünmaren-laden der Frau Zimm in der Kaiserstraße. Er verlangte Salmiak-pastillen, von denen er wußte, daß die Frau keine hatte. Das war nur Vorwand, um sich im Geschäft umzusehen. Kurze Zeit darauf stürzte er sich wieder in den Laden, raubte die Kasse aus und entflo. Dem Wehrmann Kewer der republ. Soldatenwehrgelagung ist ihm feitzunehmen. Da der Bursche einen leeren Kuchensack und kleine leere Sacke bei sich hatte, so ist anzunehmen, daß auch er zu den Elementen gehört, die die friedliche Demonstration der organisierten Arbeiter am Sonnabend zu Unbräuden mißbrauchte.

Wiedehänger im Lübeckischen Staate. Nach der am 2. Juni 1919 stattgefundenen Viehzählung sind ermittelt worden: 3438 Pferde (gegen 2769 am 1. Juni 1918), 9363 (8618) Stück Rindvieh, 2116 (2046) Schafe, 7049 (4271) Schweine, 2611 (2189) Ziegen, 1934 (1616) Gänse, 1272 (1176) Enten, 84 058 (82 107) Hühner und 13 781 (16 292) Kaninchen.

Fußball-Wettspiele. Am letzten Sonntag standen sich auf dem Rajenzerhofs-Fußballplatz Allee die Freie Turnerschaft Hamburg (Winterhude) mit der hiesigen Fußball-Abteilung der Arbeiter-Turner mit je drei Mannschaften in Wettspielen gegenüber, wobei die Lübecker abermals den Sieg über alle drei Mannschaften ergattern konnten. Die dritten Mannschaften eröffneten das Spiel morgens 10½ Uhr, wobei die hiesige dritte Mannschaft zum erstenmal an einem Wettspiele teilnahm und einpuppte sich als eine — „Eigemannschaft“, denn sie erledigte ihren Gegner mit dem seltenen Resultat von 10 : 1, Halbzeit 1 : 1. Nachmittags traten sich die zweiten Mannschaften gegenüber. Auch hier machte sich eine halbdie Überlegenheit der Arbeiter-Turner bemerkbar, hauptsächlich auf dem rechten Flügel, von wo sämtliche Angriffe eingeleitet wurden und das Resultat mit 5 : 2 für sich behaupten konnten, Halbzeit 2 : 1. Um 4½ Uhr begann das Spiel der beiden ersten Mannschaften. Hier war allerdings von einer Überlegenheit der Lübecker nichts zu merken, die Hamburger übernahmen sofort die Führung und schon in den ersten Minuten konnten dieselben zweimal erfolgreich einschneiden. Durch mehrere gut eingeleitete Angriffe konnten die hiesigen Turner das Gleichgewicht bis Halbzeit wieder herstellen. Mit 2 : 2 wurden die Seiten gewechselt. Nach Wiedereingang machte sich abermals eine kleine Überlegenheit der Hamburger bemerkbar, aber durch ihre Unentschiedenheit vor dem Lübecker Tor brachte ihr diese keinen weiteren Erfolg. Dagegen verstanden die Lübecker Turner die Gelegenheiten vor dem Tore der Hamburger voll auszunutzen, so daß sie bis Schluß noch 3 weitere Erfolge erzielen konnten. Das Spiel wurde reichlich scharf durchgeführt, auch hatte es sehr unter den dort herrschendem Staube zu leiden, wo zeitweise Spieler und Ball in eine Wolke von Staub eingehüllt wurden. Der Schiedsrichter, Herr Ropp, war seiner Aufgabe voll und ganz gewachsen und konnte beide Parteien zufrieden stellen. Am Sonntag, dem 22. Juni spielt die erste Mannschaft der hiesigen Turner gegen die Hamburger Stadtmannschaft. Das Spiel findet in Hamburg statt. Am 29. Juni können die Lübecker Turner zum erstenmal eine gute „Elf“ aus Hannover hier in Lübeck begrüßen und hofft somit, bei den bevorstehenden Bundespielen des Arbeiter-Turner-Bundes mit an erster Stelle zu kommen, da voraussichtlich noch einige gute Spieler bei der hiesigen Abteilung eingeführt werden.

Sankt-Theater. Mittwoch findet noch eine Aufführung des mit großem Beifall aufgenommenen Militärdramas „Zapfenreich“ von Franz Abam Beyerlein statt. Am Donnerstag geht das Militärspektakelstück „Brinz und Bettlerin“, vom Verfasser des „Strene und Fessel“, Siegfried W. Luz, erstmalig in Szene.

Im Neuen Lichtspiel-Theater wird der Film „Schmutziges Geld“, der zur Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels und zur Warnung der Mädchen für raffinierte Verlockungen der Mädchenhändler dient, gegeben.

Speck gestohlen. Festgenommen wurde ein finnischer Arbeiter, der mit 2 Mädchen den im hiesigen Hafen liegenden Segler „Gaina“ besucht, und diese Gelegenheit benutzte, aus dem Vorratsraum des Seglers 30 Pfund Speck zu stehlen.

Zur Anzeige gebracht wurden zwei hier wohnhafte Mieter, die im Besitze eines von der hiesigen Senatskanzlei ausgestellten Ausweises waren und zu einer Wirtin in der Kleinstenstraße gingen, um eine Hausuchung nach Lebensmitteln abzuhalten. Nachdem sie sich von der Wirtin ein Schreiben hatten unterschreiben lassen, daß sie nicht im Besitze von auf dem Wege des Schleihhandels erworbenen Lebensmitteln sei, erklärten sie nach einiger Zeit wieder und erklärten, daß sie festgestellt hätten, daß die betreffende noch 4 Schinken im Rauche in Israelsdorf hätte. Sie verlangten darauf von der Frau 500 Mk. und versprachen, daß sie der Arbeiterschaft nun keine Mitteilung machen würden. In ihrer Angst händigte die Wirtin den beiden Leuten ihr im Hause befindliches Geld in Höhe von 238 Mk. aus und es wurde vereinbart, daß die beiden Männer am nächsten Tage noch 300 Mark abholen sollten. Als dieselben gestern wieder erschienen, wurde die Kriminalpolizei benachrichtigt, die die beiden Erpresser festhielt und die 4 Schinken in Israelsdorf beschlagnahmte.

Travemünde. Die Besitzer der Travemünder Hotels, Restaurants und Pensionate hielten eine Versammlung ab, um Stellung zu nehmen gegen die Beschlagnahmungen aller Lebensmittel usw. Es wurde beschlossen, ein Protesttelegramm an den Senat zu senden und ihn zu bitten, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um in Travemünde wieder Ruhe und Ordnung herbeizuführen. Sollte es nicht gelingen, den geordneten Betrieb der Hotels, Restaurants usw. sicher zu stellen, so sähen sich leider ihre Inhaber gezwungen, ihre Unternehmungen ganz zu schließen. Die Angestellten der Hotels, Gastwirtschaften usw. haben ebenfalls in einer Versammlung beschlossen, den Senat zu bitten, bei den ferneren Maßnahmen auch ihrer Interessen zu gedenken. Sie würden sämtlich brotlos werden, wenn die Hotels usw. schließen müßten.

Gegen das Vorgehen der Fahndungskommission soll eine öffentliche Protestversammlung abgehalten werden.

Lauenburg (Elbe). Die Neuwahl des Arbeiterrats, die hier gestern vorgenommen wurde, hatte folgendes Ergebnis: 9 Vereinigte Sozialisten, 1 Beamter.

Hamburg. Drohende Arbeitseinstellung im Hafen. Die Leitung des Deutschen Transportarbeiterverbandes hatte eine Versammlung der Ewerführer, Deck- und Leichterführer nach dem Gewerkschaftshaus einberufen wegen Stellungnahme zum Lohnsatz. Die Arbeitgeber erklärten sich bereit, daß der Tagelohn einschließlich der Teuerungszulage auf 17,90 Mark erhöht werden soll, für jugendliche Arbeiter soll der Lohn 10,70 Mark betragen. Für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit tritt ein entsprechender Lohnzuschlag ein. Die Versammlung erklärte sich jedoch mit diesem Angebot nicht einverstanden. Die ursprünglich aufgestellten Forderungen, Erhöhung des Tagelohnes auf 20 Mark, der Ueberstunden auf 3 Mark und der Sonntagsarbeit auf 30 Mark sollen aufrechterhalten und mit allen Mitteln zur Durchführung gebracht werden. Es wurde ferner betont, daß, wenn der Hafenbetriebsverein resp. die Arbeitgeber sich den gerechten Forderungen der Ewerführer gegenüber weiter ablehnend verhalten, die Hafenarbeiter sich genötigt sehen würden, auch das äußerste Mittel, nämlich die Arbeitseinstellung, in Anwendung zu bringen.

Hamburg. Die Einigungsaktion der Hamburger Betriebsräte findet selbst bei dem Organ der Unabhängigen „Hamburger Volkszeitung“, keinen Anklang; denn die „Volkszeitung“ bezweifelt, daß schon heute auf Grund der Einführung einer Einheitsmarke eine Einigung, wie die U.S.B. sie wünschen, möglich sei. Es würde weiter nichts herauskommen, als eine weitere bedauerliche Zersplitterung der Arbeiterschaft.

Altona. Kindesauslieferung. In dem Hause Holländische Reihe 97 ist ein etwa neun Monate alter Knabe aufgefunden und in der Verforgungsanstalt untergebracht worden.

Oldenburg i. Gr. In der Oldenburgischen Landesversammlung brachte Abg. Hug (Soz.) folgende Interpellation ein: Ist der Staatsregierung bekannt, daß der französische Militärverwalter in der von Truppen der Entente besetzten Provinz Birkenfeld neuerdings sehr intensiv für den Anschluß der Provinz an eine in Frankreich sich anlehnende pfälzische Republik oder für Selbstständigkeit der Provinz agitiert? Was denkt die Staatsregierung gegenüber diesen Umtrieben, die offenbar gegen die Waffenstillstandsbedingungen verstoßen, zu tun? Nach hierher gekommenen Nachrichten hat z. B. der bezugsweise Militärverwalter am 20. Mai in Birkenfeld eine Versammlung veranstaltet, zu der er die Schöpffen und Vertreter der Landwirtschaft einberufen hat. Seine Ansprache gipfelte in einem Anreiz für die Landwirte, nach höheren Preisen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu streben und den Abbau der Zwangswirtschaft zu fordern. Auch machte er den Landwirten unendliche Zusagen bezüglich Lieferung von Düngemitteln und Kraftfutter. Bei der Besprechung einer Abtrennung der Provinz empfahl er nachdrücklich den Anschluß an die pfälzische Republik oder die Selbstständigkeit. Die Bewohner Birkenfelds würden dann die Freunde Frankreichs werden. Minister Graepel kennzeichnete die Bestrebungen im Rheingebiet und in Birkenfeld als Hochverrat, der der Verachtung und strengsten Bestrafung würdig sei. Die Regierung werde alles tun, was in ihren Kräften stehe, dem Treiben entgegenzutreten. Man habe gegen das Vorgehen der französischen Regierung energig protestiert. Abg. Mürken las einen Steuerzettel vor, der den Stempel trug: „Französische Republik, Abteilung Birkenfeld.“ Abg. Hug geißelte das hochverräterische Treiben jener Kreise, die ihre materiellen Interessen höher stellen als das Wohl der Gesamtheit. Sie wollen sich der Pflicht entziehen, die uns der unglückliche Ausgang des Krieges auferlegt. Abg. Tanzen-Heering teilte mit, daß das Direktorium schon vor Wochen gegen die Verwendung des erwähnten Stempels von französischer Seite Einspruch erhoben hat.

Neueste Nachrichten.

Lebensmitteldemonstrationen in Münster i. W.

Hannover, 18. Juni. Die Tel.-Union meldet: Zu schweren Ausschreitungen und Plünderungen kam es in Münster nach einer Protestkundgebung gegen die mangelhafte Lebensmittelverteilung und die unzureichenden Maßnahmen gegen den Schleihhandel. 2000 Personen nahmen daran teil. Die Regierungssoldaten machten von der Waffe Gebrauch. Bisher wurde ein Demonstrant als tot und sechs als verwundet gemeldet. Ueber die Stadt ist der verheerendste Belagerungszustand verhängt worden.

Ein Putz in Weimar.

Weimar, 18. Juni. (Tel.-Union.) Weimar hat diese Nacht einen Putzputz mit Schießereien erlebt, der große Aufruhr verursachte. Im Gerichtsgebäude wurden 50 Militärgefangene befreit. Sie überfielen die Hauptwache am Schloß, entzweifelten sie und griffen den Marjall an, wo nur ein Doppelposten stand. Es gab eine heftige Schießerei, bei der drei der Befreiten schwer verletzt wurden. Die Ursache des Ueberfalls war die Nachricht, daß der größte Teil der Regierungstruppen heute nacht mit der Bahn nach Erfurt abtransportiert werden

sollte. Erfurt ist besetzt. Die Landjäger waren aber noch am Weimarer Bahnhof und wurden zurückgeschickt. Sie stellten die Ruhe bald wieder her. Alle wichtigen Punkte der Stadt sind besetzt. Die Häftlinge sind entkommen.

Aus dem Memorandum.

Zürich, 18. Juni. Dem Begleitschreiben der Alliierten ist ein Memorandum beigefügt, das sich mit den Ausführungen der Deutschen im einzelnen beschäftigt. Es besagt, daß die Aburteilung des Kaisers Sache der hohen internationalen Politik sei. Die Alliierten wollen, daß dem Angeklagten alles Recht und volle Freiheit bei seiner Verteidigung belassen wird. Was Eljah-Vorkringen betrifft, so können die Alliierten auf die von den deutschen Delegierten gemachten Vorschläge nicht eingehen. Mit der deutschen Westgrenze sind einige Veränderungen vorgenommen worden. Oberösterreich soll nicht, wie die Alliierten beschloffen haben, sofort an Polen fallen, so daß eine Abstimmung stattfinden kann. Der Mereld-Distrikt soll der Alliierten überantwortet werden. Die Helgoland-Artikel müssen ohne Einschränkung angenommen werden. Der Verlust der deutschen Kolonien vermag Deutschlands normale Entwicklung nicht zu hindern. Die niedergelegten Bestimmungen stützen sich auf das internationale Recht und sind zum Nutzen aller Nationen erdacht. Bei den militärischen Bedingungen mag Deutschland immerhin zugelassen werden, seine Armee allmählich zu verkleinern und zwar innerhalb von drei Monaten auf eine Stärke von 200 000 Mann. Nach den drei Monaten sollen Sachverständige den Bedarf Deutschlands an Truppen feststellen und seine Stärke so festsetzen, daß seine Armee nicht mehr als 100 000 Mann zählet. Unter allen Umständen muß dieses Ziel Ende März 1920 erreicht sein. Die Bestimmungen über die Flüsse müssen bedingungslos angenommen werden, darüber gibt es keine Verhandlungen. Die Alliierten begrüßen die Anregung, daß Deutschland eine Kommission schaffen will, die mit der Wiederaufbau-Kommission zusammenarbeiten soll. Deutschland kann innerhalb von zwei Monaten entweder eine Summe auf einmal zur Begleichung seiner Schuld anbieten, oder für seinen Teil Sicherheit leisten und es kann den Ertrag der Schänen, auf welche Art es immer sei, leisten. Die Alliierten werden in dieser Beziehung über jeden ihnen gemachten Vorschlag verhandeln. Die Alliierten sind bereit, dem deutschen Handel Erleichterungen zu gewähren, ohne die eine Erholung der deutschen Industrie nicht möglich ist.

Zum Bormarsch bereit.

Genf, 18. Juni. Savas meldet, daß der Rat der Alliierten nach einem Vortrage des Marshalls Zoh den strategischen Plänen gegen Deutschland vom 21. d. Mts. ab zugestimmt habe.

Versicherung Clemenceaus an die Arbeiter.

Aus dem Haag, 18. Juni. Clemenceau versicherte nach einer Meldung der „Evening Post“ am letzten Sonntag den Arbeiterschaft, daß er sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages zurücktreten werde.

Proteste gegen die Friedensbedingungen.

Amsterdam, 18. Juni. Hier fand in der Diamantenbörse eine von der niederländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der niederländischen Gewerkschaftsvereinigung einberufene Protestversammlung gegen die von der Zentralmächten vorgelegten Friedensbedingungen statt. Es wurde beschlossen, ein Telegramm folgenden Inhalts an die sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsvereinigungen der kriegführenden Länder zu senden:

Die niederländische Arbeiterklasse, die in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der niederländischen Gewerkschaftsvereinigung organisiert ist, protestiert gegen den Gewaltfrieden, der den Büffern der gegenseitigen Reiche auferlegt zu werden droht. Sie spricht den Arbeitern der siegreichen Länder ihren Dank und ihre Bewunderung für die energische Art aus, mit der sie den Kampf für den von ihnen geforderten Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit führen.

Paris, 18. Juni. Auf der französisch-italienischen Sozialistenkonferenz haben die Delegierten der Confederation Generale du Travail mitgeteilt, daß die sozialistische Konferenz beschloß, an der internationalen Demonstration für einen Frieden mit Ruhland, für Amnestie und Demobilisation teilzunehmen.

Berlin, 18. Juni. Der „Vorwärts“ schreibt: Die Antwort der Entente wirkt wie eine neue Kriegserklärung. Das ganze Schriftstück atmet den Geist des unverhüllten Hasses und überhebender Selbstgerechtigkeit. Alles, was die Deutschen taten, wird als verbrecherisch hingestellt; was auf der anderen Seite geschah und noch geschieht, einschließlich der Hungerblockade, gilt als ein Akt gerechter Abwehr.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Wo bleiben die Kriegerrwitwen?

Alle Angestellten, Beamten und Arbeiter erhalten größeren Lohn, da die Lebensmittel unerlässlich sind, doch wo bleiben wir Kriegerrwitwen? Kann man überhaupt mit dieser Rente bei der jetzigen Zeit existieren? Wie so manche Witwe hat sich gefreut als bekannt wurde, daß wir 40 Pfg. Zuschlag bekommen, was uns auch am 1. Juni ausbezahlt wurde. Doch welche Enttäuschung hatte man, als man die Zuschüsse, die uns von Lübeck gewährt werden, abholen wollte. Es wurde gesagt, es gibt nur die Nationalisierung, Zuschüsse gibt es nicht. Wo bleibt Herr Senator Coers jetzt mit seinen Versprechungen? Es wäre dringend nötig, uns das Geld weiter zu zahlen. Mit guten Worten allein ist uns nicht geholfen. Auf die ganze Auslandsware muß man verzichten, weil das Geld dazu nicht reicht. Das schlimmste ist noch, wenn man an die Bekleidung denkt. Die Wäsche ist gänzlich aufgebraucht. Ein Paar Stiefel für ein siebenjähriges Kind kosten 40 Mark. Da muß man schon für zwei Monate Kinderrente in Anspruch nehmen. Es ist doch dringend nötig, für uns Kriegerrwitwen besser zu sorgen. A. St.

So steht der Dank des Vaterlandes aus!

Bei einem Spaziergange in den Wallanlagen setzte ich mich mit meiner Frau auf eine Bank um auszuruhen. Hinter einem Gebüsch in der Nähe saßen drei Spießbürger, einer wohl ein Kriegsteilnehmer von 1870-71. Alle drei unterhielten sich über die jetzige Lage und den verlorenen Krieg. Einer der drei zog unsere Feldgrauen derartig in den Schmutz, daß es nicht mehr anzuhören war, sogar als Schweinehunde titulierte er sie, das die nicht imstande gewesen seien das zu halten, was sie 1870-71 errungen hätten. Nicht einmal unsere Verwundeten wurden in Ruhe gelassen. Sogar die Kameraden, die in der Flora als Verwundete gelegen haben, wurde als Schweine bezeichnet. Ich meine, steht in der Dank des Vaterlandes aus? Haben wir diese Schmach verdient? Schade, daß der Name des großen Helden nicht festgestellt werden konnte, um ihn öffentlich an den Pranger zu stellen. Ein Kriegsteilnehmer.

Briefkasten.

R. B. auf Stifftgut N. In Fragen des Posttarifes für Guts-gärtner wenden Sie sich bitte an Albert Kummer, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, III, Zimmer 26. — Ihr weiteres Schreiben werden wir gelegentlich vermerken.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer.

Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bucheckernöl

wird im Konsumverein ausgegeben und zwar für jedermann 25 Gramm.

Das Butterbuch ist vorzulegen.

Bad Schwartau, 18. Juni 1919.

Stadtmagistrat (Ernährungssache).

Frankf.

Seeleute!

Vor Zuzug nach Hamburg wird dringend gewarnt,

da hier weder Beschäftigung für Seeleute noch Unterkunstmöglichkeit vorliegt.

Der Demobilisierungskommissar Hamburg.

Zuverlässige Zeitungsfrau
ordentliche
verf. einige Stunden bei gutem
Verdienst sucht sofort
Wegweiser, Warlesgrube 75.

Eine Frau gesucht

zum Zeitungsaustragen vor
dem Burgtor.

Expedition d. Lüb. Volksboten

Eine 2-Z.-Wohn. in d. Stadt
(Br. 250 Mk.) geg. kleinere zu
vertauschen. Ang. u. Z 1 an d.
Exped. d. Bl.

Zu verk. einfache eil. Bettstelle
mit Steil. Matratze, Br. 100 Mk.
3684) Warendorferstraße 2.

1 Blumentritt, 1 Vogelbauer
zu verkaufen.

Zu verk. 2 Kinder-Bettstellen.
Frau Behnke, Renjefeld,
3698) Barmerstraße 28.

Eierne Kinderbettstelle mit
Matratze billig zu verkaufen.
3697) Chalottstr. 17, II, links.

70 eiserne Gartenstühle, 10
Regelstühle mit Regel zu verk.
3695) L. Steffen, Balantstraße 3.

Neuer Hochwagen, 120 Mk.,
Petroleum-Krone mit Prismen.
3703) Lohndorferstraße 15, II.

Zu verkaufen ein Zwei-Familienhaus
vorm Solitator. (3694)

Näh. hinter der Burg 2, 4.
Nachm. nach 4 Uhr, Schule, 3. 3.

Eine Ziege zu verkaufen.

1 Jahr alt. (3688)

Zu verk. ein Paar neue Damen-
stiefeln, Gr. 39, 1 hölz. Kinder-
bettstelle mit Matratze (3693)

14 Br. 14 vtr. don. - 6 nachm

Achtung Töpfer! Mehrere
100 Zungensteine (Sieberichm.)
zu verk. (3659) Obertrase 19/6.

Freistehende Glase geg. Lagen-
huhn zu verkaufen. (3721)

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

1000 Stück
Kornmühlstraße 8.

Hillgers Handbuch

der verfassunggebenden
deutschen Nationalver-
sammlung 1919

enthält Lebenslauf und Bilder der
Mitglieder d. Nationalversammlg.

2.50 Mk.

Buchhdl. Fr. Meyer u. Co.

Johannisstraße 46.

Kleingarten - Jahrbuch

für 1919.

1.- Mk.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Zähne mit und ohne Platte,
spez. mod. Gold-Technik,
Goldkronen, Brücken,
Wamben. Umarbeit. schlechtl.
Gebisse. Schmerzlose Behandl.
Breitestr. 56. (3703)

Rechnungs - Formulare

werden hergestellt in der

Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Säurebeständige Fruchtkessel

Ia. Emaille-Kochgeschirre

J. F. C. Voss Inh. Herm. Schubert,

jetzt Wahnstrasse 22.

3700

Arbeitshemden 16⁷⁵

für Männer, grau von Mk

Sommer-Unterhosen 11⁷⁵

grau Trikot oder Körper

Ein Posten Hosenträger 0⁹⁵

Paar

August Haerder & Co.

5711

Bruchleidende

tragen mit Erfolg unsere gaffenden Bruchbänder nach

Dr. Wolfermann. Eigene erprobte Pelottenform.

Sicheres Zurückhalten auch der schwersten Brüche.

Dr. med. H. Wolfermann & Cie.

Lieferant der Krankenkassen.

Beckergrube 2 (Haus Opera).

Spezialgeschäft in Bruchbändern, Leibbinden,

Gummwaren, chirurgischen Mitteln.

Damenbedienung. 3720

Handschuhe

5 Sonder-Angebote
zu sehr billigen Preisen.

Kurze Halbhandschuhe für Kinder
weiß Paar 10⁹⁵

Kurze Damen-Halbhandschuhe
weiß, in Baumwolle und Seide Paar 25⁹⁵

Damen-Sommer-Handschuhe
weiß, Perifilet und Zwirn Paar 2.75

Damen-Sommer-Handschuhe
weiß, reine Seide, halblang Paar 2.95

Damen-Sommer-Handschuhe
weiß und creme, glatt und porös Paar 3.95

Rudolph **Karstadt** Kom.-Ges.

Glascheiben

aller Art off.

D. Zauchnik, Glashandlg.,
Fleischhauerstr. 35, Fernr. 2508

Rechnungs - Formulare

werden hergestellt in der

Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Anwerbsstelle Baltenland

Zweigstelle Lübeck, Braunnstraße 15,

nimmt auch fernerhin noch Freiwillige an zu den bekannten Be-

dingungen. Besonders wird nochmals hingewiesen auf die so

überaus günstige

Siedlungsmöglichkeit im fruchtbaren

Baltenlande

nach Abschluss der Kämpfe. Wer sich einen schönen Hof erwerben

und sich eine sichere Existenz gründen will, wende sich an die An-

werbsstelle Baltenland. Diebgl. Broschüren: Die eigene

Scholle in der Baltenmark (Preis 75 Pfg.) und „Kurland“

(Preis 1.00 Mk.) stehen zur Verfügung. 3706

Werbezentrale Lübeck.

Gewerkschaftstarell Lübeck.

Dienstag, den 24. Juni, abends 7 Uhr:

Öffentliche Volksversammlung

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Die Fleischversorgung auf kommunal-sozialistischer Grundlage.

Referent: Genosse Wilhelm Schäfer, Hamburg.

2. Die Lübecker Verhältnisse. Referent: G. Rypl, Lübeck.

3. Freie Aussprache.

Zahlreichen Besuch erwartet

3687) Die Kartellkommission.

Deutscher Metallarbeiter - Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, dem 19. Juni

abends 6 1/2 Uhr

Tagesordnung:

1. Wahl eines Geschäftsführers.

2. Bericht über die Tarifverhandlung.

3. Innere Verbandsangelegenheiten.

Es ist unbedingte Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, zu

dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

3716 **Die Ortsverwaltung.**

Offene Segelwettfahrt

am 22. Juni auf dem Ratzeburger See.

Versammlung der Teilnehmer

am 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gausa-Woohaus, Watenthufer.

3717) Der Segelausschuss.

Achtung! 3685

Thematische Zivilgefangene aus Großbritannien, Irland und

den Kolonien

Versammlung Freitag, den 20. Juni, abends

8 Uhr, im Kulmbacher Bierhaus, Fleischhauerstr. Erscheint alle!

Adlershorst. Jeden Donnerstag:

Tanz.

Restaurant Schlesierheim
Schmiedestr. 3
G. Lachmann :: Gemüthlicher
Aufenthalt f. Skatspieler. (3709)

Sozialdemokratischer Verein
für Stockelsdorf u. Umgegend

Mitglieder-Versammlg.
am Donnerstag, dem 19. Juni
abends 8 Uhr
im Lokale F. Krüger.

Da die Wahl der Delegierten
zum Bezirks-Parteitag auf
Tagesordnung steht, ist es
Pflicht der Genossen und Ge-
nosinnen zahlreich zu erscheinen
(3704) **Der Vorstand.**

Deutscher
Eisenbahner - Verband.
Ortsgruppe Lübeck.

Donnerstag, den 19. d. Mts.,
abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlg.
der Gruppe Beamte
im „Gewerkschaftshaus“

In Anbetracht der wichtigen
Tagesordnung, die in der Ver-
sammlung bekannt gemacht wird,
ist vollständiges Erscheinen der
betr. Kollegen nötig.
(3713) **Der Vorstand.**

Gesellschaftshaus
Poekenhof.
Morgen Donnerstag: (3722)

Großes Tanzfest.
Anf. 6 Uhr. F. Westphaling.



Mittwoch: Zapfenstreich.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Erstaufführung.

Die große Sensation!
„Prinz
und
Bettlerin“

Militärausstattungsstück von
G. V. Lutz (Verfasser v. „Krone
und Fessel“). (3701)

Freitag: Prinz und Bettlerin.

Stadthallen - Theater
Lübeck. 3710

Mittwoch, den 18. Juni:
nachmittags 4 Uhr:
im Stadthallengarten:

Großes Konzert
Orchester des Vereins der
Musikfreunde Lübeck.
Abends 7 1/2 Uhr:

Als ich noch im
Flügelkleide.
Ein höchliches Spiel von
A. Kehm und Martin Frehse.

Donnerstag, den 19. Juni:
Die geschiedene Frau.

Freitag, den 20. Juni:
Die Heirat.

Sonnabend, den 21. Juni:
Nanon.

Stadthallen - Garten.
Mittwoch, den 18. Juni,
nachmittags 4 Uhr:

Großes Konzert
Orchester des Vereins der
Musikfreunde Lübeck:
Dirigent: Kapellmeister
Kurt Blumentritt.

Eintritt 1.00 Mk., Dutzend-
billets 10.00 Mk. (3710)

Kartenbriefe

sind vorräthig.

Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Buchhandlung.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Eigenbericht des „Lübecker Volksboten“.
Fünfter Verhandlungstag.

Sonnabend, 14. Juni.

Der Antrag Hoch-Braun fordert von der parlamentarischen Vertretung der Partei und den Regierungsgliedern die Sozialisierung, wo sie möglich ist. „Wo die Sozialisierung noch nicht möglich ist, ist an Stelle der freien Privatwirtschaft eine zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft (Gemeinwirtschaft) durchzuführen. Für die allmähliche Ueberführung von Produktionsmitteln in das Eigentum der Gesamtheit empfiehlt sich die Beteiligung des Reiches, die aus Anlaß der Vermögensbesteuerung durchzuführen ist. Die Arbeiterschaft muß gleichberechtigt neben dem Unternehmertum mitbestimmen und mitverantwortlich an unserem Wirtschaftsleben mitwirken. Zu diesem Zwecke sind außer den regionalen Organisationen (Betriebsräte, Bezirksarbeiterräte, Betriebswirtschaftsräte, Reichsarbeitsrat) sachliche Organisationen der deutschen Wirtschaft auf paritätischer Grundlage ins Leben zu rufen, die als Selbstverwaltungskörper zugleich Organe der Gemeinwirtschaft sind. Die folgen schwereren wirtschaftspolitischen Entscheidungen, zu denen die allgemeine Wirtschaftspolitik Deutschlands, der gebotene Ausbau der bisherigen Kriegswirtschaft und die Durchführung eines etwaigen Friedensvertrages Anlaß geben werden, vertragen keinen Aufschub in der Durchführung der gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsorganisationen.“ Es heißt dann weiter: „Die Reichsregierung ist zu ermächtigen, in wirtschaftsorganisatorischen Fragen Mehrheitsbeschlüssen der einzelnen Wirtschaftskruppen verbindliche Kraft für alle zu dieser Wirtschaftsgruppe gehörigen Unternehmungen beizulegen und ferner zur Vorbereitung der paritätischen Selbstverwaltungskörper für alle Wirtschaftskruppen, für welche dies bisher noch nicht geschehen ist, Sachverständigenräte aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeitgeber einzuberufen.“

Agel-Fürth: Wenn die Berichte über die Nationalversammlung ausführlicher sein könnten, würden die Arbeiter gerechter urteilen. Unsere Fraktion hat nach besten Kräften gearbeitet. Wir sind jetzt auch Regierungspartei. Bisher ist der Zeitpunkt, wo wir vor die Frage gestellt sind, ob wir noch weiter in der Regierung bleiben wollen. Wir haben ja selbst das größte Interesse daran, an den Friedensverhandlungen entscheidend mitwirken zu können. Andererseits wollen wir ganz und gar nicht als Partei die Verantwortung für den Frieden allein tragen. Die deutsche Einheitsrepublik ist notwendig. Wir können dann auch dem Trieb der Entente, das Reich zu zerlegen, viel kräftiger entgegenwirken. (Beifall.)

Eggerstädt-Kiel: Wisjells Rede war der Höhepunkt des Parteitages. (Beifall.) Wir sprechen ihm unser Vertrauen aus. Wenn man die Soldatenräte hehliget, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Arbeiterschaft nicht in die Reichswehr eintreten will. (Zustimmung.) Was hat die Diktatur nicht mehr in der Hand. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir fordern das Rätesystem und protestieren gegen die vorzeitige Abwürgung der kommunalen Arbeiterräte. (Beifall.)

Dr. David: Wisjell hat scharfe Kritik an der Arbeit des Kabinetts geübt. Wo ist denn aber der Antrag über die Sozialisierung, den das Kabinett abgelehnt hätte? (Zuruf: Denkschrift.) Diese Denkschrift ist von dem Unterstaatssekretär Wisjells, W. von Wöllendorff, verfaßt. (Unruhe und Zuruf.) Auch die anderen Minister machen nicht alles selbst! Diese Denkschrift, die im Kabinett noch nicht beraten worden ist, ist in die bürgerliche Presse gekommen, durch eine Indiskretion des Wirtschaftsministeriums. Das Urteil der Geschichte wird gerechter sein als das Urteil Wisjells. Die Nationalversammlung hat eine ungeheure Leistung vollbracht. (Zustimmung.) Auch Wisjell hat leider von der Formaldemokratie gesprochen. Damit werden alte Grundforderungen von uns diskreditiert. Diese Formaldemokratie gibt unserm Volke Rechte, wie sie kein Volk der Welt besitzt. (Zustimmung.) Von der Regierung ist der Appell an das soziale Pflichtgefühl der Massen wiederholt ergangen. Die Antwort waren immer neue Streiks, weil große Gruppen der Arbeiterschaft in der Revolution nur eine Lohnbewegung sahen. (Sehr richtig!) Weshalb konnten wir nicht mehr Lebensmittel hereinbekommen? Weil wir keine Kohlen und kein Rast besaßen, um sie zu bezahlen. Ebenfalls haben Regierung und Nationalversammlung alle Verantwortungen, mit dem größten Teile des Volkes unzufrieden zu sein. (Sehr richtig! und Unruhe.) Wo sind denn die Erfolge des Wisjellschen Appells an die Arbeiter? Man soll sich doch hüten, etwas für möglich zu halten, was heute nun einmal nicht möglich ist. Eine Vollsozialisierung im Handumdrehen ist unmöglich. Die Koalitionsregierung ist keineswegs der Hemmschuh gewesen. Von bürgerlichen Regierungsgliedern sind keine Hindernisse in den Weg gelegt worden. (Hört, hört!)

(Hört!) Die Vorbedingung der Steigerung der Reallohn ist die Steigerung der Gütererzeugung. Wenn nicht mehr Waren erzeugt werden, können wir aus dem Elend nicht heraus. (Beifall.) Man sagt, bei einer planmäßigen Ordnung der Wirtschaft werde das soziale Pflichtgefühl sich von selbst ergeben. Daran glaube ich nicht. Das haben wir beim Eisenbahnbetrieb gesehen, wo den Arbeitern das weiteste Mitbestimmungsrecht eingeräumt worden ist. Die Arbeitsintensität sinkt immer mehr. Der Eisenbahnbetrieb war früher ein Ueberschaubarbetrieb; in diesem Jahre weißt er einen Mißstand vor sich auf. Wir sollten auch von Ausland lernen, wo die Arbeiter gleichfalls völlig versagt haben. Jetzt drohen die Volksgewalt gegen jeden Streik drakonische Strafen an, führen den Stücklohn wieder ein und ziehen ausländische Kapitalisten ins Land. (Hört, hört!) Wir brauchen Demokratie und Sozialismus. Auf vielen Gebieten wird sich auch die Gemeinwirtschaft als richtig erweisen. Für die Eingeleitung brauchen wir eine Organisation der Wirtschaftsräte, in der die sachverständigen Leute den größeren Einfluß haben. Mit Schlagworten kommen wir nicht weiter. Schritt für Schritt müssen wir vorwärts gehen und müssen uns davor hüten, bei den Arbeitern unerfüllbare Illusionen zu erwecken. (Lebhafter Beifall.)

Frau Kämmerer-Hamburg: Mit schönen Reden kommen wir nicht weiter. Wir müssen von der Wissenschaft zur Praxis kommen. Je schlimmer die Lage ist, desto notwendiger ist die Sozialisierung. (Sehr richtig!) Das geht gewiß nicht von heute auf morgen, aber wir können auch nicht allzu lange warten. Die Kleinrenten der Unternehmer in den Betrieben muß gebrochen werden. (Sehr richtig!) Warum leiten die alten mißsündigen Führer wie Hindenburg, Erzberger und Fehrenbach auch heute noch die Geschäfte? Die deutsche Revolution hat uns überlistet. Wir müssen uns davor hüten, daß uns nicht auch die Weltrevolution überlistet. (Unruhe.) Nur durch radikale Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete ist eine Einigung mit der Internationale wieder möglich. (Beizehrender Beifall.)

Brenneck-Frankfurt a. M.: Die Nationalversammlung hätte viel mehr erreichen können. Wir fordern die Einheitsrepublik, die sich auch viele rote Kräfte entgegenstellen. Mutwillig wird nicht gestreift. Wenn die Lebensmittelpreise steigen, müssen auch die Löhne steigen. Soll Wisjell geapostert werden? Soll der Kampf zwischen Dornburg und Wisjell mit Dornburgs Sieg enden? Die Arbeiter stehen geschlossen hinter Wisjell.

Robert Schmidt: Wisjell hat ein Programm vermischt. Dabei haben wir eines für die Sozialisierung aufgestellt. Aber das Programm allein macht es nicht. Die Hauptsache ist die praktische Durchführung. Wisjell ist doch selbst mit der Sozialisierungs-Kommission in Konflikt geraten, deren Mitglieder ihm gelang haben, daß im Reichswirtschaftsrat nach wie vor die alte Bureaucratie zu Hause sei. Das höchste Gesetz über die Kohlenwirtschaft hat mit Sozialisierung gar nichts zu tun. Für einen solchen Sozialismus danke ich. Zur Gemeinwirtschaft im Kaiserberg soll Wisjell erst von den bürgerlichen Regierungsgliedern gewonnen worden sein. (Hört, hört!) Ganz unverständlich ist Wisjells Behauptung, daß die Sozialisierung erst unter dem Druck der Berliner Straßenkämpfe ins Auge gefaßt worden ist. Das Gegenteil ist richtig. Wisjell scheint ein kurzes Gedächtnis zu haben. Ich würde lieber, wo es eine Vollsozialisierung möglich ist. Aber ich glaube, Sie würden dabei auf Widerstand beim Reichswirtschaftsrat stoßen. (Hört, hört!) Wo bleibt z. B. das Getreidemonopol? Ist das das Sorgenkind Wisjells? Er hat mich von oben herab so herzerlich behandelt, daß ich jetzt auch jede Mühsal fallen lasse. Wir haben 1,45 Milliarden Gold nach dem Auslande gegeben, um Lebensmittel zu bekommen. Wisjell hat aber erklärt, daß wir zu viel Lebensmittel einführen. (Hört, hört!) Nicht ein einzelnes bürgerliches Mitglied des Kabinetts hat sich an die Seite Wisjells gestellt. Ich war geradezu entsetzt, als ich damals Wisjells Eingipfeln hörte. Gegen sein Wirtschaftsprogramm habe ich ernste Bedenken. Die praktische Durchführung der Volkswirtschaft wird nicht so einfach sein. Vor allem wird die Syndikalisierung und Umwidmung gewaltig gefördert. Wichtig bleibt, was Frey etwas froh ausgedrückt hat: Die Arbeiter wollen zu essen haben. Demokratie allein genügt nicht zur Sozialisierung, sondern wir müssen den Kapitalismus auflösen durch Gemeinschaft der Produktionsmittel. Das herbeizuführen ist unsere höchste Aufgabe. (Lebhafter Beifall.)

Reuter-Maria: Zunächst muß der Appell an die Unternehmer gerichtet werden. Den Arbeitern ist das Handwerk immer noch nicht gelegt worden. Da ist es nicht zu verwundern, wenn die Arbeiter höhere Löhne haben wollen, um 30 Mark für ein Pfund Butter bezahlen zu können. In meiner Heimat Ostpreußen gibt es Arbeit genug für Robert Schmidt.

Dörge-Bachum: Die Verbrüderung des Menschengeschlechtes und der Menschheit ist allein möglich durch Demokratie. Das Bekenntnis zum Sozialismus hat auf diesem Parteitage in den Reden Scheidemanns und Wisjells einen herrlichen Ausdruck gefunden. Am wenigsten ist für den Sozialismus in der Landwirt-

schaft bisher geschehen. (Für die Bauern haben die Sozialisten noch nie etwas getan. (Widerspruch, Schlußruf.)

Hoch-Braun: Der Antrag Braun will nur durchführen, was mit der bürgerlichen Mehrheit vereinbart wurde. Schmidt meint, die Kohlenwirtschaft habe bisher nur zu einer Erhöhung der Kohlenpreise geführt. Aber sind denn die Kohlen das Einzige, was bisher teurer geworden ist! (Sehr gut!) Schmidt soll nur an seine Eisenwirtschaft denken. (Sehr gut!) David hat Wisjell vorgeworfen, daß er die Solidarität des Kabinetts verletzt habe, aber höher als die Gemeinschaft mit den bürgerlichen Ministern steht die Solidarität der eigenen Partei. Was Wisjell von den bürgerlichen Parteien und erst durch die Straßenkämpfe vorwärtsgetrieben worden. Wir haben im Vergleich zum alten Regime gewiß sehr viel an Demokratie erreicht, aber danach darf man nach der Revolution nicht mehr fragen. Nur durch Sozialismus können wir vorwärtskommen. Mit dem Abbau muß bei den Lebensmittelpreisen begonnen werden. Unser Antrag erkennt ausdrücklich an, daß die Sozialisierung, die in erster Reihe steht, nicht überall durchgeführt werden kann. Dann aber soll wenigstens die planmäßige Regelung unter Hinzuziehung aller Beteiligten herbeigeführt werden. Jeder andere Weg führt zu unerträglichen Zuständen. Die Vorwürfe gegen Wisjell tragen zur Sache nichts bei. Ist Wisjell unfähig, hätte man ihn längst entfernen sollen. Wozu es uns ankommt, ist, daß jetzt gute sozialistische Arbeit verrichtet und mehr erreicht wird als bisher. (Beifall.)

Fr. Rehger: Wie steht es mit der Reichsarbeitskunde Dornburgs? Wir halten eine derartige Durchbrechung des Wochenentages für unzulässig.

Kuhlen-Essen: Das Kohlenyndikat hat am letzten Mittwoch schon wieder eine Erhöhung der Kohlenpreise beschlossen. Darüber steigt einem die Schamröte ins Gesicht. Wisjells großes Reformprogramm muß von der Arbeiterschaft einstimmig gestützt werden. Unparteiische Sachverständige sollten endlich einmal die Anlagen des Kohlenyndikats nachprüfen.

Steinkopf-Königsberg: Wendt sich gegen David wegen seiner Bemerkung über die Eisenbahnarbeiter und Beamten, denen man das Defizit der Eisenbahnen nicht zur Last legen könne. Redner bespricht weiter das Verhältnis zwischen Beamten und Sozialdemokratie und die Forderungen, die die sozialdemokratischen Beamten an den neuen Staat zu stellen haben.

Hermann Müller: Ob gerade Wisjells Pläne über die Gemeinwirtschaft die richtigen sind, ist zurzeit noch eine offene Frage. Es ist gut, daß sie noch nicht zur Entscheidung gelangt ist, denn vor Friedenschluß wissen wir ja noch nicht, wie sich unsere Zukunft gestalten und inwieweit wir überhaupt werden Gemeinwirtschaft treiben können. Es können Zustände eintreten, die die ganze Volkswirtschaft über den Haufen werfen. Wisjell hat recht, daß wir Rohstoffe einführen müssen. In der letzten Frage verlangen wir restlose Ausführung. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker darf nicht angefaßt werden. Kein Tropfen deutschen Blutes darf mehr im Baltikum fließen. Im Auslande und im Inlande sieht man vielfach in der Militärmacht im Baltikum ein Mittel der Gegenrevolution. In Deutschland wird sich aber niemand für die Wiederaufrichtung des Hohenzollernthrons begeistern. Das preussische Ministerium könne wirklich noch mit der Entscheidung über die Abfindung der Hohenzollern warten. (Hört, hört!)

Mollenhuth: Der Sozialismus ist für uns jetzt eine Frage der Praxis geworden. Ganz falsch aber wäre es, an die praktische Durchführung mit einem ein für alle Male fertigen Programm heranzugehen. Wir sind in der Schaffung solcher Programme viel zu produktiv. Außerordentliches leistet auf diesem Gebiet Professor Ballod, der geradezu tolle Behauptungen aufstellt. Die Voraussetzung für die nationale und internationale Durchführung des Sozialismus ist die Einigkeit des Proletariats. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. — Dr. Grelling-Göttingen gibt zur Geschäftsordnung die Erklärung ab, nach dem heutigen Auftreten des Ministers Wisjell die Forderung des Rücktritts der sozialistischen Minister hinsichtlich Wisjells aufrecht zu erhalten. (Hört, hört! Lachen.) — Löbe nimmt im Schlußwort zu den eingebrachten Anträgen kurz Stellung und bittet die Delegierten, die Genossen im Lande vor überreifer Kritik an der Fraktion zu warnen.

Wisjell (persönlich): Die Darstellung von David und Schmidt ist scharf und unrichtig. Ich habe nur gesagt, daß unter der Nachwirkung der Berliner Straßenkämpfe das Sozialisierungs-gesetz in der Nationalversammlung durchgedrückt worden ist. Es ist falsch, daß mich erst bürgerliche Abgeordnete zur Sozialisierung des Reichs haben drängen müssen. Ich war nur dagegen, daß das ausgearbeitete Sozialisierungsprogramm auseinandergerissen würde. Ich habe mich auch nur gegen den planlosen Einkauf von Lebensmitteln im Auslande gewandt. Ein Streikverbot habe ich

Ein Fehltritt.

Eine Bauerngeschichte aus dem Tannus
von Fr. Kugel-Mainz.

28. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
„No, mer maant, es küm Besuch?“ sagte jetzt die God aufstehend, als das Zuschlagen der Süßhirn von draußen vernommen ward. „Wer moog dann des sei bei dem schlechte Wetter?“ Nach dem Fenster, welches nach der Hofseite ging, trippelnd, sah sie hinaus und erschraf sichtlich, als sie den durch den Hof Schreitenden erkannte.

„Der Paul Höfer? Was will dann der? No, was werd er wolle“ — fuhr sie dann fort, als sie, sich umdrehend, gewahrte, wie Dortchen in lächelndem Erschrecken von ihrem Sitze emporgehoben war und die Hand auf das Herz presste — „bedante werd er sich wolle, wies auch nit mehr wie recht ist, daß du ihm aus der Bedonille geholste hast! Gott sei Dank, daß er nur allfürlich wider dehaam is. Wenss anner verdient, daß se ihn widder laase habe losse, dann is es der Paul!“

Weiter kam die God nicht dazu, ihre Meinung über die Freilassung Paul Höfers zu entwickeln, denn schon hörte man das schallende Geräusch, mit welchem der Besucher seine Schuhe an der draußen vor der Tür liegenden Strohmatte abwischte, dann ein Klopfen an der Tür und Paul Höfer trat ein.

Die wenigen Tage, welche seit seiner Haftentlassung verstrichen waren, hatten eine auffallende Veränderung in dem Aussehen des Burschen bewirkt. Die von der Gefängnisluft gebleichten Wangen hatten sich wieder gerötet — in früherer Straffzeit erschienen wieder die hohe Gestalt, und selbstbewußt war der während der Schmutzgerichtsverhandlung so todestraunige Blick der treuherzigen blauen Augen geworden. Von dem früheren so wohlwollend anmutenden Frohmüt war jedoch in dem Wesen des jungen Mannes nichts mehr zu bemerken, vielmehr lag ein ruhiger Ernst in seinen Zügen, wie auch die Bewegungen, mit welchen er jetzt auf die beiden Frauen zutrat, eine gewisse zurückhaltende Gemessenheit zeigten.

„Nix for ungut, Dortche, daß ich nit schon früher komme bin!“ begann er, dem Mädchen die Hand entgegenstreckend, in welche dieses errötend die feine legte. „In dene paar Däg, seit ich widder dehaam bin, wußt ich aber als emol nit, wo mir de Kopp steht vor lauter Besuch von Freund und Bekannte, die mir gratulieren wolle, weil ich widder frei bin! Nooch Wiesdabe hab ich auch noch emol genügt un dann uffs Amt nooch losda. Nooch der Verhandlung hab ich dich gesucht wie e Stednabel — erst im

ganze Gericht, dann uff der Eisenbahn, um dir recht herzlich zu danke for des, was du for mich getan host! Du warst aber grad wie vom Erdboden verschwinden, bis mir noochher anner gefaht hot, du wärst mit eme Zug früher gefohre!“

„Aber, Paul, dann ich dich doch!“ unterbrach ihn da die God. „Du trügst uns jo die Ruh aus dem Haus! Du trinkst doch e Schälche Kaffee mit, Paul? Gleich is er fertig!“ Damit trippelte die God nach der Tür und verschwand hinter derselben, ohne auf den Einpruch Pauls: „Awer mach doch ka Umstände, Frau Bas!“ zu achten, um in der gegenüberliegenden Küche die nötigen Vorbereitungen zu treffen.

Betreten hatte Dortchen den Worten Pauls zugehört. Nach allem, was vorgegangen war, konnte sie ja nicht erwarten, daß ein wärmerer Ton von ihm angeschlagen würde, der auf ein noch in seinem Herzen lebendes, innigeres Gefühl für sie schließen ließ; sie mußte ja einsehen, wie sie sich selbst in den letzten Tagen hundertmal gelacht hatte, daß an eine Hoffnung für sie, nach von diesem Manne geliebt und begehrt zu werden, nicht zu denken war, nachdem sie selbst ihren Fehltritt offenbart hatte. Und doch — wie hungerte ihr ganzes Fühlen und Denken nur nach einem kleinen Wortchen von ihm, das ihr gezeigt hätte, daß sie doch nicht ganz in seinem Herzen ausgelöscht und vergessen sei! In der, wie ihr vorkam, etwas gewungenen herzlichen Dankesred des Burschen klang es aber auch nicht in einer einzigen Wendung wie ein tieferes Tönen der Seele, selbst nicht wie ein trauerndes Erinnern an verwehte Hoffnungen — kühl und gemessen kamen die Worte von seinen Lippen, mit einer sich etwas überstürzenden Hast Einschuldigungen für die verspätete Abstattung der Dankesschrift vorbringend, gleichsam als vernehre sich der Sprecher von vornherein gegen jedes Anschlagen eines wärmeren Tones. Eine unendliche Bitterkeit stieg in dem Herzen des jungen Mädchens auf. Längst schon hatte sie ihre bebende Hand zurückgezogen und stand mit gesenkten Augen und zuckenden Lippen vor dem Manne, als warte sie, ob er seinen Worten noch etwas hinzufügte. Dann sagte sie sich und die in Tränen schwimmenden Augen auf Paul richtend, sagte sie leise:

„Des war nit nötig, Paul, daß du extra komme bist un mir dankest! Was ich getan hab, is mei Pflicht un Schuldigkeit gewese! Gott sei Dank, daß es e bißche was genügt hot!“

Was es der tränenumfließerte Blick, welcher eine so seltsame Wirkung auf den jungen Mann ausübte? Mit dem festen Vorfaß war er hergekommen, nur den Verdacht und nicht sein Herz sprechen zu lassen. Unter dem Eindruck, welchen das Auftreten Dortchens vor Gericht auf ihn bewirkt hatte, was es ihm seit seiner Freilassung unendlich schwer geworden, das mächtige Gefühl, das ihn unabänderlich zu dem Mädchen hinzog, niederzukaffen. Er hatte

jedem Gedanken, daß es trotz allem Vorgefallenen für ihn doch noch ein Glück an der Seite der Geliebten geben könne, wie ein Verzweifelter den Eingang in sein Inneres gewehrt und war gegen seinen guten Vater ordentlich unmissig geworden, als dieser leise darauf hindedeutete, daß ihm Dortchen trotz allem als Schwierigsterer willkommen sei. In dem Glauben, vollständig gefestigt zu sein und endgültig überwunden zu haben, war er hergekommen, um so rasch und so kühl wie möglich seine Dankesschrift zu erledigen; das trübselige Wetter hatte so recht zu seiner Seelenstimmung gepaßt — und jetzt — ein einiger Blick aus diesen braunen Augen, ein einziges Reigen des reizenden Mädchenkopfes war alle seine kampfhaft gefaßten Vorsätze über den Haufen. Da stand das herzigste Gesicht vor ihm, in der ganzen Glorie der Schönheit, an welcher er sich in seinen Träumen heraufschte; das von der überstandenen Krankheit bleiche Antlitz, die gesenkten Augenwimpern, das sichtbar Beben der zierlichen Gestalt gaben der Erscheinung etwas unendlich Rührendes, so Herzen Gehendes. Konnte ein Mädchen so aussehen, wenn ein Mafel an ih mäßtete? Konnte unter dieser reinen Hülle sich etwas anderes als Reinheit und Tugend bergen? Gewiß nicht! Der von diesem Mädchen begangene Fehltritt konnte nicht der Ausfluß einer verderbten Natur sein — derselbe war sicherlich unter dem unglückseligen Zusammentreffen verschiedener Umstände, die eine Art Bahn in dem Gehirn der Armen erzeugten, geschehen! Dieser Fehltritt hatte ihr Herz nicht verdorben, sondern geläutert — denn wie anders hätte man sich dann die hohe Selbstverleugnung, mit welcher Dortchen vor die Schranken des Gerichts trat, erklären können? Im überwältenden Gefühl trat Paul einen Schritt näher an Dortchen heran, ergriff ihre niederhängende Rechte und dieselbe fest pressend, sagte er herzlich:

„Dortche! Dir dank ichs, daß ich nit mehr zwische dene dunkle Mauern sitz, daß ich widder frei atme kann und daß ich mei lieb Heimat nit verlore hab! Denn war ich nerurteilt worn — ich wär meiner Lebtage nit mehr haamfumm und wär ausgewandert — des hatt ich mir jetzt vorgenommen! Dortche — uffspringe hätt ich möge un dir un den Hals falle for Freud, wie du vor alle Zeit gefaht host, du hättst mich so lieb, wie du mir aus lieb habe könnt! Ich hab's jo gemußt von jeder, daß du mich gern host — bei liebe Agelcher könne jo nit lüge! Ich hab's nur damals nit recht angefaßt, wie ich bei deine Zeit um dich angefaßt hab! Dortche, sei mein! Loß alles begrabe und vergesse sein — mit offene Arme nimmt dich mein guter Vater uff! Noochdem wir so viel ausgefanne habe, wolle wir jetzt unseres Lebens froh wern! Sei mein, Dortche!“

Fortsetzung folgt.

